

Arbeiter-Zeitung

Seit dem 1. April mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Verkaufspreis: wöchentlich 0,60 M., monatlich 2,00 M., Einzelnummern 10 Pf. Durch die Post bezogen monatlich 2,60 M., unter Strafband 3,00 M. Anzeigenpreis: Die dreizehnbaltige Millimeterzeile oder deren Raum 12 Pf., Vereins- und Werblammlungsanzeigen 8 Pf. Kellamaspreis: Die dreizehnbaltige Millimeterzeile oder deren Raum im Text 70 Pf. — Inhalt der Inseraten-Annahme lt. der Haupt-Expedition 8 Uhr; in den Filial-Expeditionen am Tage vorher bis spätestens 18 Uhr.

für Schlesien und Oberschlesien
Organ der SPD., Sektion der 3. Internationale
Mit der illustrierten Beilage „Der Rote Stern“
Begründet von **Bernhard Schottländer** (März 1920 ermordet)

Subskriptionen: Breslau 10, Krasnitzer Str. 60, Tel. 300 00.
Postadressen: Breslau 544, Krasnitzer Str. 60, Tel. 300 00.
Straße 60, Tel. 250 02. **Abbestellen:** der Redaktion von 12-18, Montag bis Freitag von 7-12 Uhr. **Illustrations:** G. Lehmann, Oberstr. 26, Tel. 4085; **Druck:** W. Lehmann, Tel. 1304; **Verlag:** G. Lehmann, Oberstr. 26, Tel. 4085. **Verlag:** G. Lehmann, Oberstr. 26, Tel. 4085. **Verlag:** G. Lehmann, Oberstr. 26, Tel. 4085.

Panzerkreuzerrate nicht gestrichen!

Die SPD.-Minister stimmen „von Amts wegen“ dafür! Neues Betrugsmanöver an den sozialdemokratischen Arbeitern

Berlin, 9. April.

Aus dem Jubel der bürgerlichen Presse über die Kapitulation der sozialdemokratischen Führer vor den reaktionären Staatsforderungen der Trustbourgeoisie sticht insbesondere die Freude über die Nichtstreichung der zweiten Panzerkreuzerrate hervor. Die sozialdemokratische Presse bemüht sich schamhaft, diesen neuen Beweis der Zustimmung zur imperialistischen Aufrüstung ihrer Ministergenossen zu vertuschen. So schreibt ausgerechnet die „Linke“, „Volkszeitung“ in Plauen folgendes:

„Was aber das Etatskompromiß für die sozialdemokratische Fraktion unannehmbar (?) macht, ist, daß nach Meldungen die Räte für den Panzerkreuzer nicht gestrichen worden ist. Sollte diese Meldung richtig sein, so kann die sozialdemokratische Fraktion nach unserer Meinung dem Kompromiß ihre Zustimmung nicht geben... Von Seiten der Minister bedeutet es bereits einen Bruch des Parteiausschlußbeschlusses, wenn sie ohne Befragen der Fraktion die zweite Panzerkreuzerrate in den Etat einsehen. Hier darf die Fraktion unter keinen Umständen nachgeben!“

Die „linken“ Kopstauscher, die sich durch die Ablehnung des kommunistischen Mißtrauensantrages gegen Groener hinreichend entlarvt haben, versuchen jetzt, wiederum die Arbeiterchaft durch ein neues Betrugsmanöver für den sozialimperialistischen Parteivorstand einzufangen. Der Vorsitzende der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion, Breitscheid, erklärte in diesem Sinne am Freitag in einer großen Rede in Köln:

„Der Panzerkreuzer erscheint zwar auch in diesem Jahre wieder im Reichsetat; wir haben aber keinen Zweifel darüber gelassen, daß die sozialdemokratische Fraktion unter allen Umständen die Bewilligung der zweiten Rate ablehnen wird. Freilich werden unsere Minister auf Grund ihrer amtlichen Stellung (!) die zweite Rate hinnehmen müssen, nachdem sich im neuen Reichstag gegen den Widerstand der Sozial-

demokratie (!) eine große Mehrheit für den Bau des Panzerkreuzers gefunden hat.“

Was die Kommunisten vorausgesehen haben, ist jetzt endgültig eingetroffen. Die sozialdemokratische Arbeiterchaft ließ sich in ihrer ungeheuren Empörung wegen der Bewilligung der ersten Panzerkreuzerrate durch eine unerhörte Kommunistenheze durch ihre Führer von diesem Skandal ablenken. Die Wehrprogrammdebatte rief erneut unzählige Beschlüsse der Mitgliedschaft gegen den sozialimperialistischen Kurs und gegen die Bewilligung der zweiten Panzerkreuzerrate hervor. Als die kommunistische Presse darauf hinwies, daß Hilferding mit Zustimmung der übrigen SPD.-Minister in seinem Etat die Aufstellung der zweiten Rate vorgenommen habe, bezichtigte uns die sozialdemokratische Presse der Lüge. Und jetzt stimmen die SPD.-Minister, sich den Teufel um den Willen der Mitglieder kümmernd, für den Panzerkreuzer.

Die sozialdemokratischen Arbeiter dürfen sich durch das jetzt geplante Theater nicht irreführen lassen. Die bürgerlichen Parteien haben nämlich der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion, wie schon berichtet, gestattet, ohne daß sie einen Initiativantrag gegen den Panzerkreuzer einbringen darf, gegen die zweite Rate für denselben zu stimmen. Damit soll den sozialdemokratischen Arbeitern Sand in die Augen gestreut werden. Werden diese sich wieder betrügen lassen?

Attentatsversuch auf Poincaré?

Paris, 9. April. Kurz vor Schluß der Debatte meldet T. L. am Montagmorgen

junger Mann im Finanzministerium Poincaré persönlich zu sprechen. Auf Befragen nach dem Zweck seines Besuches antwortete er mit Todesdrohungen gegen den Minister. Er wurde sofort verhaftet.

Das neue Etats-Kompromiß

Die große Koalition bringt:

Nichts für die Arbeiter, aber neue Geschenke für die Trustbourgeoisie

Die Vereinbarungen, die im interfraktionellen Ausschuß über den Etat zwischen den Koalitionsparteien getroffen wurden, und auf deren Basis noch in dieser Woche die Große Koalition gebildet werden wird, bringen für die bestehende Klasse ein direktes Steuererleichterung von 154 Millionen Mark, und zwar:

- Verzicht auf die Erhöhung der Vermögenssteuer 104 Millionen
- Verzicht auf die Erhöhung der Erbschaftsteuer 20 Millionen
- Bei der veranlagten Einkommen- und Körperschaftsteuer durch Abzugsfähigkeit des Verlustfalldas 30 Millionen
- zusammen: 154 Millionen

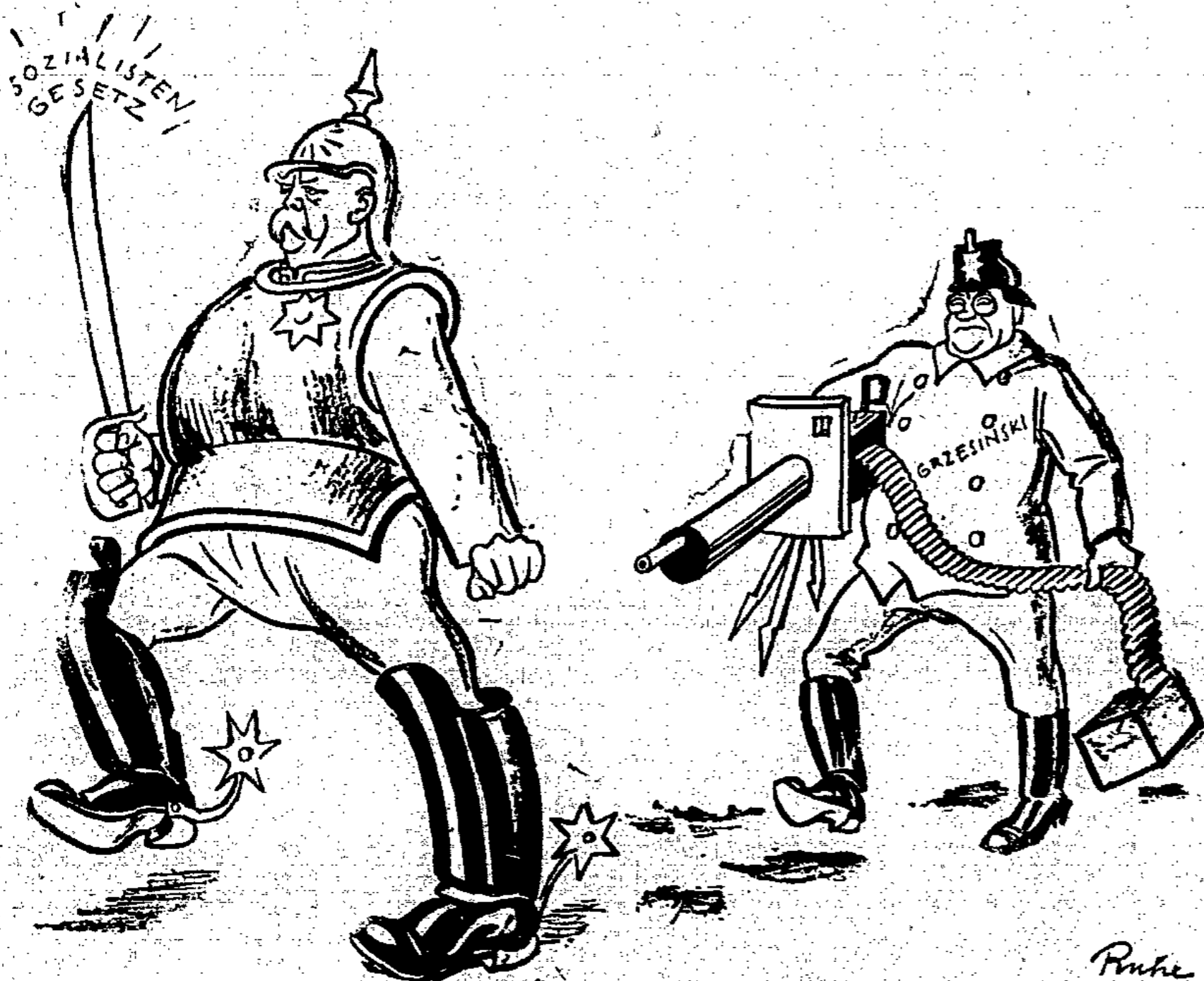
Im Gegenjahr hierzu sollen aus den Postgebühren und der Tabaksteuer weitere 70 Millionen erhoben werden. Da Hilferding die Tabaksteuer in seinem Etat bereits um 45 Millionen erhöht hat, steigert sich das Mehr bei der Tabaksteuer auf 80 Millionen. Für die breiten Massen ergibt sich folgende höhere Belastung als beim Bürgerblock, wobei der Verzicht auf die Erhöhung der Biersteuer bereits berücksichtigt ist:

- Erhöhung aller Verbrauchsabgaben einschließlich des Spiritusmonopols, wie bereits ursprünglich vorgeschlagen 275 Millionen
- Erhöhung der Postabgaben insgesamt 70 Millionen
- Weitere Erhöhung des Tabaksteuerertrags 35 Millionen
- zusammen: 380 Millionen

Während die Sozialdemokratie also auf ihr Glanzstück, die sogenannte „verstärkte Besitzbesteuerung“ verzichtet, peitscht ihr Finanzminister die Verbrauchsabgaben, die die breitesten Massen zu tragen haben, um 380 Millionen Mark höher als selbst der Bürgerblock.

Jedoch ist das noch nicht alles, was die SPD. dem Besitz an Geschenken zuschauen und den Massen an weiterer Belastung aufbürden will. Das Letzte ist dabei die Vereinbarung über die Regelung der Ueberschüsse aus der Lohnabzugssteuer. Bis zum Jahre 1934 wurde die sogenannte Leg Brünning außer Kraft gesetzt (und damit wohl für alle Zeiten), die allerdings schon früher regelmäßig durchbrochen wurde. Die Leg Brünning bestimmt, daß die Lohnabzugssteuer gesenkt werden muß, wenn in drei aufeinanderfolgenden Monaten je mehr als 100 Millionen Mark auskommen. Auch Hilferding hat, genau wie der Bürgerblock, 1,3 Milliarden als Aufkommen in seinem Etat eingesetzt. Die Lohnsteuer wird also von vornherein höher eingesetzt, als die Leg Brünning vorsah. Nunmehr wurde vereinbart, daß die Mehreinnahmen, da die Lohnsteuer nicht mehr herabgesetzt wird, zu gleichen Teilen der Invalidenversicherung und der Reichs-Knappschaftsversicherung zugeführt werden sollen. Die „MZ.“ berechnet, daß für beide Zwecke dadurch je 75 Millionen Mark frei werden. Die dadurch mögliche Herabsetzung der Beiträge, wie sie vorläufig nur bei der Knappschaft vorgesehen ist, soll in gleicher Weise „Arbeitgebern“ und „Arbeitnehmern“ zugute kommen — und, wie die „MZ.“ wörtlich weiter meldet, „ermöglichen, den Kohlenbergbau zu entlasten und damit auch eine Lösung des zum 1. Mai drohenden Arbeitskonflikts im Ruhrbergbau zu erleichtern“.

Was heißt das mit anderen Worten? Sehr einfach. Die Herren vom Ruhrkohlenyndikat erhalten eine indirekte Subvention aus der Lohnabzugssteuer bzw. aus den von den Arbeitern zuviel gezahlten Beträgen. Durch die Herabsetzung der Knappschaftsbeiträge — wohlverstanden, nur ermöglicht durch die überschüssigen Abzüge vom Arbeitslohn — sollen die Unternehmer von einer Lohnerhöhung entlastet werden, so daß also die bisher einzigartige Situation entsteht, daß schließlich die Ruhrbergarbeiter ihre nominelle und nur scheinbare Lohnverbesserung selbst bezahlen. Das ist wirklich der Gipfel trübsinniger Leistungen der Sozialdemokratie. Zum Glück besteht keine Gefahr, daß die Bergarbeiter nicht früh genug diesen Betrug erkennen und um so erschießender ihre be-



Grzeffinsti auf Bismards Spuren

Eisenbahner stellt revolutionäre Betriebsratskandidaten auf

rechtl. Lohnforderungen mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln vertreten werden.

Die auf dem Papier so radikal aussehenden Abstriche beim Reichswehretat und bei den Luftsubventionen sind nicht weiter als ein großer Witz. Wie es bisher schon war, so wird es auch in Zukunft sein, daß die Minister das, was ihnen heute vorantreiben wird, sich einfach nehmen und im Nachtrag bewilligen lassen. Die bürgerliche Presse weiß bereits zu melden, daß mit Bestimmtheit mit einem Nachtragsetat für 1929 zu rechnen ist und den Ministern versprochen wurde, die jetzt gestrichenen Mittel nachzubewilligen, wenn die Pariser Konferenz über die Reparationsfrage eine befriedigende Lösung bringt.

Die Perspektiven der Reparationskonferenz, die, was die Herabsetzung der Reparationslasten betrifft, in letzter Zeit günstiger geworden sind, spielten bei der Bildung der neuen Großen Koalition offensichtlich eine nicht unwesentliche Rolle. Die „Völkische Zeitung“ schreibt zu den Vereinbarungen über den Etat:

„Man kann nur wünschen, daß diese vernunftmäßige Einstellung (!) anhalten wird, wenn bei hoffentlich bald eintretender Ermäßigung unserer Reparationslasten ein organischer Steuerabbau sowohl in formeller (endgültige Gestaltung des Finanzhaushalts) wie materieller Hinsicht (allgemeine Senkung der direkten Steuern) vorgenommen wird. Wie wir erfahren, sollen jetzt schon Vororgemaßnahmen dafür getroffen werden, daß ein Reparationsnachschuß... sich tatsächlich in Form eines Nachtragshaushaltsplans mit Steuererleichterungen auswirkt.“

Der klare Sinn dieser Ausführungen ist der, daß den heutigen Geschehnissen an das Trustkapital weitere folgen sollen. Die Rolle der Sozialdemokratie bei der Regierungsbildung ist wiederum ganz klar und eindeutig. Nichts für die Arbeiter, alles für die Besitzenden. In diesem Zeichen wird sich die neue Große Koalition bilden. Die Deutsche Volkspartei, die Partei der deutschen Schwerindustrie, hat auf der ganzen Linie gesiegt, die Sozialdemokratie ist ihr treuer Lakai.

D.M.B.-Führer maßregeln oppositionelle Betriebsratskandidaten

Die sozialdemokratischen Führer des D.M.B. wollen sich für ihre schwere Niederlage bei Blohm u. Bock rächen. Der verächtliche Kommunistenfresser Meit hat gegen 25 Kollegen, die auf der oppositionellen Liste standen, das Ausschlußverfahren eröffnet. Außerdem hat er ein Ausschlußverfahren gegen vier Kollegen eingeleitet, die auf der oppositionellen Liste bei Mend u. Hambroek kandidierten. Wie wir es bereits in der chemischen Industrie sehen, schließen die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer erst die oppositionellen Betriebsräte aus, um sie dann nachher durch gemeinsame Machenschaften mit den Unternehmern auch aus dem Betrieb zu drängen. Es ist notwendig, die Arbeiterschaft rechtzeitig auf solche Methoden aufmerksam zu machen.

In Wittenberge hat die D.M.B.-Zeitung den Kollegen, die auf der oppositionellen Betriebsratsliste bei der Singer-A.-G. kandidieren, den Ausschluß angedroht.

Die Direktoren der Firma Semmel-Brotfabrik (Maschinenfabrik und Mischerei), Müllheim-Grabbach, stellen dem Betriebsratsvorsitzenden Heinrich Wolf die stillschweigende Entlassung zu mit der Begründung, daß er sich im Betrieb politisch unterhalte, und zwar über das Reparationsproblem gesprochen habe. Eine Delegatensammlung nahm zu dieser unglücklichen Provokation Stellung und beschloß den Streik. Die Delegatensammlung wird die Arbeit nicht eher wieder aufnehmen, bis der Betriebsratsvorsitzende Wolf wieder eingestellt ist. Das entschlossene Vorgehen dieser Delegatensammlung ist ein Beispiel für die gesamte Arbeiterschaft.

Am 16. April wieder Montag

Ul. Berlin, 8. April. Reichstagspräsident Döber hat die nächste Vollversammlung des Reichstages nunmehr endgültig auf Dienstag, den 16. April, 16 Uhr einberufen. Auf der Tagesordnung stehen internationale Abkommen sowie keine Vorlagen. Der Vortag des Reichstages tritt am Mittwochnachmittag 17 Uhr zusammen, um endgültig über die Zusammensetzung der Ausschüsse zu entscheiden.

Das Urteil im Langlopp-Prozess

5 Monate Gefängnis bei Bewährungsfrist

Ul. Berlin, 8. April. Im Langlopp-Prozess verurteilt nach 24stündiger Beratung der Vorsitzende des Schöffengerichts, Landgericht Dr. Ziegel, folgendes Urteil:

Der Angeklagte Langlopp wird auf Kosten der Staatskasse freigesprochen.

Der Angeklagte Langlopp wird von der Anklage des Vergehens gegen das Sprengstoffgesetz freigesprochen. Er wird wegen Rötigung und Bedrohung in je einem Falle, wegen unbesugten Waffenbesitzes zu einer Gefängnisstrafe von 5 Monaten sowie zu einer Geldstrafe von 50 Reichsmark verurteilt, an deren Stelle im Nichtbeitragsfalle für je 25 Mark ein Tag Gefängnis tritt. Von der ansonsten Strafe gelten zwei Monate und zwei Wochen sowie die Geldstrafe als durch die Unteruchungshaft verbüßt. Die Kosten des Verfahrens werden, soweit Verurteilung erfolgt ist, dem Angeklagten Langlopp, im übrigen der Staatskasse auferlegt. Der Vorsitzende teilte weiter mit, daß nach Beschluß des Gerichts bezüglich des noch nicht verurteilten Teiles der Strafe eine Bewährungsfrist auf drei Jahre mit Ausfluß auf Straferlaß zugestimmt worden ist.

Wenn das Gericht dem Antrag des Staatsanwalts, der ein

Vom Tage

In der indischen gesetzgebenden Versammlung wurden am Montag in dem Augenblick, als der Präsident sich erhob, zwei Bomben geworfen. Eine Bombe fiel vor dem Finanzminister Sir George Schuster zu Boden. Einige Mitglieder der Versammlung wurden verletzt. Zwei Männer, die Bomben und Revolver hatten, wurden verhaftet.

Die Manjing-Regierung hat an den französischen und den japanischen Generalkonsul in Hankau eine Protestnote wegen der Landung japanischer und französischer Truppen in Hankau gerichtet.

Die polnischen Untersuchungsbehörden haben Frau Apasasiewicz aus der Haft entlassen. Sie wird in den nächsten Tagen über die russische Grenze gebracht werden.

Am Montagnachmittag empfing Panzer-Müller die Parteiführer und die Finanzsachverständigen der Landtagsfraktionen der Sozialdemokraten, Demokraten, des Zentrums, der Deutschen und der Bayerischen Volkspartei zu einer Besprechung über die Bildung der Großen Koalition und die Verabschiedung des Haushaltes für 1929.

Nach einem Telegramm aus Mexiko hat die Bundesarmee die Hauptstadt des Staates Sinaloa besetzt. Die Aufständischen befinden sich auf dem Rückwege nach San Blas.

Eisenbahner, handelt selbst!

Berlin, 8. April. Am Sonntag, dem 7. April, tagte der Gesamtvorstand des Eisenbahnerverbandes der Eisenbahner mit ähnlichen Bezirksleitern. Die Konferenz nahm zu der Situation Stellung und billigte die vom Vorstand unterzeichneten Schritte (Wingebote an die Reichsleitung) in „vollständiger Einmütigkeit“. Das nimmt in diesem Stadium sozialdemokratischer Führer nicht wunder. Beschlossen wurde in dieser Konferenz nichts, nur dem Gesamtvorstand versichert, daß die reformistischen Bezirksleiter leben würden Streik unterstützen werden.

Auch diese Konferenz zeigt den Eisenbahnern, daß sie von den reformistischen Spitzen und von weiteren Verhandlungen mit der Reichsbahnverwaltung nicht zu erwarten haben. Sie können ihre Lohnbewegung nur fördern, und gegen den Willen der reformistischen Bürokratie fortsetzen, wenn sie durch den Streik sowohl die Eisenbahnverwaltung wie auch die reformistische Bürokratie vor vollendete Tatsachen stellen.

Drei Monate Gefängnis beantragt hatte, nicht gefolgt ist, und ein wesentlich milderes Urteil gefällt hat, so geschah dies unter dem starken Eindruck des im Prozeß aufgestellten Anlagematerials gegen das Reichsentscheidungsamt und insbesondere unter dem Eindruck der Rede des Rezensenten Genossen Sabach (Bericht siehe Beilage).

Die trampschaftlichen Bemühungen des Staatsanwaltes, das Reichsentscheidungsamt in seiner Anklage zu entlasten und durch nationalstimmige Stimmungsmache den Eindruck zu erwecken, die Schuldigen seien nicht in Berlin, sondern in Paris, waren vergeblich. Beweisaufnahme, Anklage und Urteil bestätigten: Auf der Anklagebank saß nicht der Farmer Langlopp, sondern das Reichsentscheidungsamt und die Trustregierung!

Kommunistischer Wahlsieg in Zwenkau

Ein glänzender Auftakt zur sächsischen Landtagswahl

Die Stadtverordnetenwahlen, die am gestrigen Sonntag in Zwenkau stattfanden, ergaben folgendes Resultat:

Liste 1 Sozialdemokraten	111 Stimmen
Liste 2 Kommunistische Partei	1353 Stimmen
Liste 3 Vereinigte bürgerliche Parteien	840 Stimmen
Liste 4 Gewerbe und Mittelstand	688 Stimmen

Stimmberechtigt waren 4846 Personen, gültig abgegebene Stimmen 3985. Die Verteilung der Sitze steht noch nicht fest.

Während die SPD gegenüber den Reichstagswahlen im Mai 1928 einen Stimmenzuwachs von nur 11 Stimmen erhalten hat, erhöht sich die Stimmenzahl der Kommunisten um 143.

Die SPD ist in Zwenkau die stärkste Partei. Das Wahlergebnis läßt die besten Schlüsse für die bevorstehenden Landtagswahlen in Sachsen zu. Das Geschick der „linken“ SPD mit den Brandleristen vom Niedergang der kommunistischen Partei zeigt sich in seiner ganzen Höhe. Die kommunistische Partei ist als die einzige Siegerin aus dem Wahlkampf hervorgegangen.

Der Ausgang der Wahl zeigt, daß die Partei mit der besten Zukunft in den sächsischen Landtagswahlkampf gehen kann.

Am Dienstag Coa'termin auf Schloß Jannowitz

Ul. Girschberg, 8. April. In der Jannowitz-Mordaffäre findet am Dienstag der Coa'termin auf Schloß Jannowitz statt. Außer den drei Berliner Kriminalbeamten, Kriminalrat Hoppe, Kriminalkommissar Braßowitz, Kriminalsekretär Meyer, nehmen daran Oberstaatsanwalt Engel, Untersuchungsrichter Spaeth und die beiden Schlichtsachverständigen Schreiberer und Dr. Brining teil. Der Coa'termin dürfte von größter Wichtigkeit sein.

BRENNENDE RUHR Von K. GRÜNBERG Roman aus dem Kapp-Putsch

Copyright 1929 by Greifenverlag, Rudolfstadt 23

11. Kapitel

Erst Eukrow hatte wieder mit solch anhaltendem noch mit solch anhaltendem Verlauf des Generalstreiks gerechnet. Eukrow erinnerte er sich an den vorjährigen März-Generalstreik in Berlin, der sich sofort durch Geschloßbomber unterdrückt hatte. Hier hielten die Arbeiter ja eine direkt bewanderte Disziplin. Keine Alkoholergüsse, keine Krawalle, keine Eigentumsvergehen! Und wie geschickt und schmerzlos sie die Waffen der Einwohnerwehr an sich gebracht hatten! Aber ob diese Ruhe anhalten würde? Wenn nun Militär einrückte? Die Arbeiter geben doch — das hörte man allenthalben — die Gewehre gutwillig nicht wieder heraus. Eukrow, dessen Glaube und Zuversicht zur Sache der Arbeiterschaft in den letzten Wochen viele Schwankungen bis hart an die Grenze des Verzweifels durchgemacht hatte, fühlte ein eigenartig beglückendes Gefühl der Beschämung. Die treuherzig gut war doch dieses Außerhalb so rausch, harte Bergarbeiterwelt! Obwohl bis an die Zähne bewaffnet, hatte er sich zu keinem einzigen Akt der Vergeltung hinreiß lassen. Und er wohnen sowohl in den Direktorenvillen wie in den Beamtenhäusern eine ganze Anzahl Herren, die alle Ursache zu berechtigten Befürchtungen hatten und die hierherhalb vielfach die unglücklichsten Forderungen und Forderungen wählten. Aber niemand kümmerte sich um sie. Ja, der Sicherheitsrat fühlte sogar vor dem Eingang der Villa des verachteten Direktors Bucherfischer einen Doppelbocken, weil dieser Herr im Angelegen an sein provokatorisches Verhalten gegenüber der Belegschaft von „Beate“ den Sicherheitsrat schickte.

Gerne hätte sich auch Eukrow zur Verfügung gestellt. Angehörte des Massenandrangs und des Eifers der Arbeiter zu den Waffen sah er aber seine Unbereitschaft ein und beschloß, die gewonnenen freien Zeit zum Studium zu benutzen.

Frau Schapanka hatte beim Anbringen der Fahne endlich Gelegenheit gefunden, ihre Wünsche betreffs ihres Lannes anzubringen. Eukrow war nicht gerade erbaut, dem verwarlosten Schlingel Kopf fünf Minuten zu erteilen, am allerwenigsten dieser aber selbst. Als er davon hörte, verzweifelte er spurlos und ließ sich den ganzen Dienst nachzulassen nicht sehen.

Das warme sonnige Frühlingswetter veranlaßte schließlich auch

Eukrow zu einem Spaziergang. Noch niemals hatte er das gänzliche Fehlen der Natur in und um Ewertrop so schmerzlich empfunden, wie an diesem Frühlingsvormittag. Er wanderte über eine Stunde nach Könkern zu hinaus, aber nirgend gab es Wald oder frisch-gepflügte Felder. Überall nur Häuser und Fabriken, unterbrochen von Schienensträngen, Brücken und Schuttblabläpfen, an deren Saum sich stellenweise kümmerliche Schrebergärten befanden.

„Wächst denn hier etwas? Der Boden sieht ja mächtig mager aus!“ fragte er einen Arbeiter, der in Hemdsärmeln die Schollen umwarf.

Der Mann räusperte sich auf seinen Spaten. „Wachsen? Ach, da lieber Gott, das verlohnt nicht die Arbeit. Der Boden ginge ja noch, da kann man düngen, und Gießwasser haben wir auch gleich da drüben.“ Er zeigte auf einen länglichen Teich mit felsam steil abgesetzten Ufern.

„Das ist eine Bruchstelle; hier unten durch gehen die alten Etollen von „Beate“; die laden noch manchmal nach, weil früher die Hohlräume nicht wieder mit Abraum angefüllt wurden, und dann sammelt sich das Grundwasser“, erklärte er, gleich erkennend, keinen Hiesigen vor sich zu haben. „Aber was soll denn hier wachsen, wo die Regenrinne alles vergiften? Die Bohnen werden, ehe man sie abnehmen kann, ganz fleckig und im Kohl hat man mehr Kohlenstaub als Blätter. Denn es regnet, schlägt sich aus der Luft alles nieder.“

„Ja, aber warum räkern Sie sich denn hier ab?“ wunderte sich Eukrow.

Der Arbeiter lächelte melancholisch. „Das macht man so nur zum Zeitvertreib, und weil der Arzt mir viel Bewegung in frischer Luft verordnet hat. Ich hab's nämlich hier zu sitzen.“ Er deutete auf seine eingefallene Brust. „In der Grube schlaft man doch nur Kohlenstaub. Zweimal war ich schon verkränkt, unten im Saurensand. Ja, da ist die Luft gut, alles Berge und Wälder und dann die Stühle. Da habe ich mich auch immer schön erholt, aber kann bin ich wieder zu Hause, geht es wieder mit dem Husten los. Die Grubenarbeit morbet die Menschen, sage ich Ihnen.“

„Da wird Ihnen die Luft hier, die nicht mal den Pflanzen bekommt, auch nicht wohltun“, bemerkte Eukrow, dem der Schwindel schickte.

„Ja, was soll man machen? Weg von hier, wäre wohl das Beste. Ich bin auch nicht von hier. Wir sind aus dem Walden gekommen. Da ist die Luft ja besser als im „Pütt“, und man kann hüne Lungen machen. Aber von der guten Luft kann man auch nicht leben. Die Hauer verdienen dort ja rein nichts; da verjuchten wir es hier.“

„Und Sie sind denn wenigstens hier weitergekommen?“

Der Arbeiter hustete, spudde umständlich aus und sagte, langsam weitergehend: „es ist, genau gesehen, gehuppt wie gesprungen. Ein armer Teufel kommt nirgend auf einen grünen Zweig! dafür ist schon gesorgt.“

Eukrow empfand ein eigenartiges Würgen in der Kehle, wünschte einen guten Tag und ging gedankenvoll weiter. Als er im großen Regen zur Stadt zurückkehrte, kam ihm quieschend ein viererziger Karren entgegen, auf dem ein kleines Mädchen mit einer Peitsche saß, womit es den alten Mann, der sich vorgeknippt hatte, lustig antrieb. „Häh, Pferdchen, häh,“ schrie es immer wieder und wollte sich schier totlachen, wenn das zweibeinige Pferd einigemale Sprünge machte.

Als Eukrow heranlief, richtete sich der Karrenzieher auf; es war der alte Hövelmann. „So muß man sich schinden, ehe man Großvater wird,“ sagte er lachend, dem jungen Mann die Rechte hinreichend.

„Was haben Sie denn geladen, Vater Hövelmann?“ „Karnidelmilch, fett und delikates, den bringe ich nach meinem Rittergut, das hier ist mein Entschien. Komm, Händchen, schenkt dem Onkel die Hand.“ Das Kind sah mit unnatürlich tiefstehenden dunklen Augen auf und stredte zögernd das schmutzige Händchen aus. „Run, nicht doch so schüchtern, mein Händchen, der Onkel tut dir ja nichts,“ ermunterte der Alte und fuhr dann entschuldigend fort: „Auch ist sie wie eine Fünfjährige und war doch erst Lichtmeß drei Jahr. Bloß laufen kann sie noch nicht viel. Die Händchen friden immer wieder zusammen.“ Der Doktor sagt, das sei von der Mischitis, und verschreibt Lebertran, aber den nimmt sie man nicht. Milch und Kalbsbrühe und frische Eier sollen ja auch gut sein, bloß das ist alles so sandhaft teuer. Ja, wenn ihr Vater, der Alfred, noch lebte! Der war Maschinist auf der Gute-Hofnung-Hütte und verdiente ein schönes Stück Geld. Aber beim Rückzug aus Flandern ist er geblieben. Da ließ ich seine Familie nach hier kommen. Die Marie, was meine Schwiegerochter ist, arbeitet auf „Deutsche Erde“ als Kohlenortiererin, denn von dem bishigen Rentel kann sie mit ihren fünf Kindern ja nicht leben.“

So plauderte der Alte mit seinem gutmütigen Lächeln, während er die Jagtkörbe wieder in Ordnung brachte. „Und was ich dann noch fragen wollte, Herr Eukrow: wie lange wird das denn mit dem Streik wohl noch gehen? Man wird ja ordentlich bange. Das geht nur schon seit Sonnabend und nichts rührt sich. Man braucht doch Geld zum Leben.“ (Fortsetzung folgt.)

Beim nächsten Mal den vollständigen Text dieses Romans für „Beate“ und „Beate“ und „Beate“... (Text ist hier zu unklar, um genau zu transkribieren)

Ein Fememörder im Gefängnis

Er hat Wohn- und Schlafzimmer, Korbstühl, Schreibtisch, Bücherregal, Speiseschrank, Bilder und Wanduhr, kann täglich Besuch empfangen

RHP. Im Stettiner Gefängnis sitzt der Fememörder Heine. Die bürgerliche Presse kann nicht genügend über die Leiden der armen eingekerkerten Fememörder jammern. Wie Heine in Wirklichkeit im Gefängnis lebt, schildern Augenzeugen:

Heine hat zwei Zellen eine Tages- und eine Nachzelle. Die Nachzelle ist komfortabel ausgestattet mit einem Korbstühl, Schreibtisch, Bücherregal, Speiseschrank und zahlreichen Bildern an den Wänden, eine Wanduhr bildet den Abschluss des Besteninventars, Sprechzeit hat Heine unbeschränkt, er kann täglich Besuch empfangen. Die Gefängnisvorschrift für die anderen Gefangenen lautet allerdings: „In der Regel alle vierzehn Tage einen Besuch für den Untersuchungsgefangenen.“ Auch der Palettenempfang ist bei Heine unbeschränkt. Das Gewicht der Palette, welches an besonderen Feiertagen im Jahr nur bis zu zehn Pfund betragen darf, geht bei Heine oft bis zu 30 Pfund. Zum Weihnachtsfest hat Heine ungefähr 25 Palette im Inhalt von 30 bis 40 Pfund erhalten. Auch an Wein und Zigaretten fehlt es nicht. In der Regel sollen Untersuchungs- und Strafgefangene eine halbe Stunde Freizeit haben. Heine hat am Tage drei mal Freizeitmöglichkeiten. Die Verbindung mit der Außenwelt hält Heine außer durch Besuche durch Tageszeitungen aufrecht, die ihm familiär ausgeteilt werden, während gefangenen Proletariats ihre, die proletarischen Zeitungen, grundsätzlich nicht ausgeliefert werden.

In demselben Zellenbau, wo Heine seine „Kasse“ verbringt, wird der Genosse Erwin Fischer gefangen gehalten. Seit dem 28. März befindet er sich in Untersuchungshaft wegen sogenannter Fälschung. Man will in seinem Besitz einige Exemplare der Zeitschrift „Schuh-

polizei“ gefunden haben. Der Oberstaatsanwalt sieht darin Vorbereitung zum Hochverrat und Verstoß gegen das Republiksschutzgesetz. Obgleich dem Polizeibeamten durch die Verfassung zwar alle politischen Rechte garantiert sind, wird Genosse Fischer wegen des Bestehens einer legal erscheinenden Zeitung für Polizeibeamte in Haft genommen. An ihm wird der preussische Strafvollzug mit aller Schärfe zur Anwendung gebracht. Genosse Fischer erhält keine Sprech-erlaubnis, selbst zum Ostersfest wurde seiner Mutter der Besuch des gefangenen Sohnes verweigert.

Sparprogramm streng geheim!

Die Öffentlichkeit darf nichts erfahren!

Der „Vorwärts“ vom 8. April begrüßt die Abstriche im Reichs-etat, die sich bekanntlich von den ursprünglich gemeldeten 200 Millionen inzwischen auf 250 Millionen erhöht haben. Die für die werktätigen Massen entscheidende Tatsache, daß die Kürzungen hauptsächlich auf Kosten des Sozialstaats vorgenommen worden sind, wird freilich nicht offen zugegeben. Die SPD. unternimmt sogar den dummdreisten Versuch, die Feststellungen der kommunistischen Presse, daß es sich hauptsächlich um Abstriche auf Kosten des Sozialstaats handelt, in Abrede zu stellen. Aber die äußerste Unsicherheit der Polemik und vor allem die strenge Geheimdiplomatie sind der beste Beweis dafür, daß wir mit unseren Behauptungen ins Schwarze getroffen

haben. Was hat der „Vorwärts“ gegen die „Dreiste Lage“ der Kommunisten, daß die Abstriche von den 250 Millionen in arbeiterfeindlicher Richtung getroffen wurden, zu sagen?

„Man darf annehmen, daß die Kürzungen des Sozialstaats, durch die Ansprüche von einzelnen (!) geschädigt würden, in den Vereinbarungen nicht enthalten sind.“

Wenn dieser Satz überhaupt einen Sinn haben soll, so nur dies, daß die Interessen der Arbeiterklasse in verlogener Weise mit den Interessen der „Einzelnen“ durcheinandergeworfen werden, um dann zu beweisen, daß Privatansprüche nicht geschädigt worden sind. Es ist klar, daß die Schädigung der Arbeiterinteressen dabei in weitestem Maße möglich ist.

Die SPD. ist so tief gesunken, daß die restlose Ausschaltung der Öffentlichkeit bei den Verhandlungen und Abmachungen von ihr als eine Selbstverständlichkeit empfunden wird.

„Wir haben jedoch Verständnis dafür, daß die Einzelheiten der Verständigungsabstufungen nicht vorzeitig bekanntgegeben werden, und glauben, daß es erträglich ist, noch zwei bis drei Tage mit dem eigenen Urteil zurückzuhalten. Wir können das um so eher, als wir die Überzeugung haben, daß die Unterhändler der Sozialdemokratie keinen Vereinbarungen zugestimmt haben können, die für die sozialdemokratische Reichstagsfraktion unerträglich sind.“

Da für die sozialdemokratische Reichstagsfraktion eben keine noch so arbeiterfeindliche Maßnahme unerträglich ist, so wird die Annahme des „Vorwärts“ wohl stimmen. Was aber für die Reichstagsfraktion nicht unerträglich ist, das ist unerträglich für die breite Masse der Arbeiterschaft. Deshalb werden die Arbeiter die Geheimdiplomatie der sozialdemokratischen Koalitionsverräter nicht als einen Beweis für die Wahrheit, sondern als einen Beweis für die Preisgabe der proletarischen Interessen ansehen und den verstärkten Kampf gegen die Koalitionsregierung und ihren faschistischen Kurs erst recht fortsetzen.

Eisenbahner, laßt euch nicht betrügen!

Am Sonnabend haben die Spitzen der Eisenbahnerverbände folgenden Beschluß gefaßt:

Die Eisenbahnerverbände haben sich in einer gemeinsamen Sitzung am 6. April 1929 mit dem gegenwärtigen Stand der Lohnbewegung und mit der Stellungnahme der Spitzenorganisationen zu derselben beschäftigt.

Die Verbände billigen es, daß die Spitzenorganisationen sich an die Reichsregierung und an die Reichsbahn wenden wollen, zwecks Einleitung neuer Verhandlungen.

Die Verbände legen dabei voraus, daß ihren berechtigten und erfüllbaren Forderungen halbtägig Rechnung getragen wird.

Sie behalten sich entsprechend der weiteren Entwicklung der Dinge ihre endgültige Stellungnahme vor.

Von den Funktionären und Mitgliedern wird kräftige Disziplin und unbedingte Befolgung der Beschlüsse der Organisationsleitungen ohne weiteres erwartet.

Einheitsverband der Eisenbahner Deutschlands, Gewerkschaft Deutscher Eisenbahner G. B., Allgemeiner Eisenbahnerverband G. B.

Die reformistischen und christlichen Bürokraten wollen unter allen Umständen einen Streik verhindern. Sie bereiten die Abwägung des Kampfes vor. Mit Betätigten wollen sie im Verein mit Dorfmüllern die Reichsbahnarbeiter abspalten. Daß dem so ist, beweist eine Stelle in einem Artikel des „Vorwärts“ vom 6. April, der sich mit der Lohnbewegung der Eisenbahner befaßt. Da heißt es:

„... Konnte die Reichsbahnverwaltung wirklich kein Gegenangebot von 3 Pfennigen machen. Kann sie diese 3 Pfennige wirklich nicht tragen.“

Also 3 Pfennige Angebot hält der „Vorwärts“ für genügend. Das ist eine unerhörte Beschönigung der Reichsbahnarbeiter. Nicht genug damit, daß die Gewerkschaftsbürokratie die Forderung der Eisenbahner von 15 Pfg. pro Stunde überhaupt nicht berücksichtigt und nur eine solche von 6 Pfg. aufstellte, ist man jetzt bereit, auch diese minimale Forderung fallen zu lassen.

Nun wissen die Eisenbahner, was ihnen bevorsteht. Viel zu lange haben die Eisenbahnproleten diesem skandalösen Spiel, das sich bei jeder Lohnbewegung wiederholt, zugehört.

Die Eisenbahntarife werden erhöht, die Einnahmen der Reichsbahn steigen, die Eisenbahner sollen mit ihren Familien weiter hungern.

In allen Orten des Reiches beschließen die Eisenbahner den Streik. Sie haben erkannt, daß es so nicht mehr weiter gehen kann. Dessenungeachtet wird der Kuhhandel weiter geführt. Seit einer Woche befinden sich die Reichsbahnarbeiter im tariflosen Zustand. Dorfmüller droht frisch mit der Technischen Nothilfe. Die bürgerliche Presse, obwohl sie einen Streik bei der Reichsbahn fürchtet, macht sich über die Streikbeschlüsse lustig. So schreibt die „Kölnische Zeitung“ in ihrer Morgenausgabe vom 5. April:

„Dies ist die Beschluß der Eisenbahnergewerkschaften sorgfältig durch, so findet man, daß bisher nur eine recht allgemeine und bedingte Ausstandsdrohung ausgesprochen ist. Die zum Teil sehr kümmerlichen Eisenbahnerveranstaltungen in Sachsen und Schlesien lassen vermuten, daß es zu örtlichen Ausständen kommen wird.“

Es besteht die Möglichkeit, daß dann der Reichsarbeitsminister zur Verhinderung eines allgemeinen Notstands seinerseits ein Schiedsverfahren einleitet.

Die Reichsbahngesellschaft sieht örtlichen Ausständen ohne Besorgnis entgegen. Sie glaubt durch die Personalarbeit einen Ausgleich für Ausfälle schaffen zu können. Die noch immer sehr große Arbeitslosigkeit würde ja auch die Ergänzung streitender Werkstätten- und Streckenarbeiter aus dem vorhandenen Arbeitsangebot gestatten.“

Das ist also das Ziel der Bourgeoisie. Solange Ausstände hervorgerufen, dann Schlichter, technische Nothilfe und Arbeitslose als Streikbrecher.

Diese Pläne werden durch die Taktik der Gewerkschaften gefördert. Deshalb müssen die Eisenbahner jetzt Schluss machen. Sie dürfen sich nicht durch die Drohungen Dorfmüllers, noch durch das Geschrei Scheffels über „wilde“ Streiks, umbluffen lassen.

Eisenbahner, laßt euch nicht weiter verströmen, zeigt, daß ihr nicht gewillt seid, den Hungerriemen noch enger zu schnallen, jetzt müßt ihr handeln, jetzt gibt es nur eine Antwort:

Unter Führung selbstgewählter Kampfleitungen in den Streik treten!

Lohnbewegung der schlesischen Papierarbeiter

(Von unserem Arbeiterkorrespondenten.)

Die Lohnbewegung der schlesischen Papierarbeiter, die im Fabrikarbeiterverband und zum kleinen Teil bei den Erbkisten und Tischlerorganisiert sind, wird diesmal erneut für einen annehmen als in den vergangenen Jahren. Das Unternehmertum ist auch in diesem Bereich zur Offensive übergegangen. Der Lohn steht im Verhältnis zum Reich für die schlesischen Papierarbeiter pro Stunde um 25—30 Pfennig zurück. Der Durchschnitts-Eigenlohn

beträgt circa 65 bis 68 Pfennig. An der Lohnbewegung werden circa 10 000 bis 12 000 Arbeiter teilnehmen. Das Organisationsverhältnis ist bis auf manche Stellen ein gutes. Die größte Zahlstelle Hirschberg ist mit 3000 Papierarbeitern vollständig organisiert. Von beiden Seiten ist der Tarif 1928, der bis 30. April 1929 läuft, gekündigt worden. Die Unternehmer verlangen

sechs Prozent Lohnabbau,

wodurch der Lohn auf den Stand des Tarifs von 1927 zurückgebracht würde. Die Verbände fordern Lohnaufbesserung, ohne eine Bestimmung der Forderung festzusetzen. Das Unternehmertum unter Führung des berüchtigten Schorfachers Schöller hat es diesmal zu einem besonders gerissenen Aufsatze kommen lassen. Im Betrieb „Welterde“ im Riesengebirge, der zum Schöller-Konzern gehört, hatte man eine Unterbilanz fertiggebracht, um den Betrieb stilllegen zu können, falls die 300 Arbeiter nicht in einen sechsprozentigen Lohnabbau einwilligen. Das brutale Unternehmertum bringt es fertig, einen Betrieb im Konzern nicht kapitalertragfähig zu machen, um dadurch 300 Arbeiter brotlos zu machen, und läßt die Aufträge dieser Fabrik im Konzern verarbeiten, um nur

einen Trümpf auszuspielen zu können. Die schlesischen Papierarbeiter werden die Zumutung der Unternehmer, den Lohn abzubauen, mit dem Streik beantworten müssen, um den unverdächtigten Angriff abzuwehren und die Löhne verbessern zu können.

Hungerstreik für die Kallarbeiter

(Von unserem Arbeiterkorrespondenten.)

Am Donnerstag vor Ostern wurde für die Kallarbeiter in Kall ein Spruch gefällt. Danach werden die Stundenlöhne in der Spähe (Gruppe A und B) um 4 Pfennige erhöht, eine geringe Erhöhung erfährt auch der Mindestfaktorlohn. Die Zulage für Jugendliche und Frauen ist noch geringer, so daß die Lohn Differenz größer wird. Bekanntlich hatte die Gewerkschaftsopposition eine feste Pfennigzulage für alle Lohngruppen gefordert, wobei sie in den unteren Gruppen größer sein sollte. Dadurch wäre die Lohn Differenz verringert worden. Der Tarif soll bis Juni 1930 gelten, eine angelegte der steigenden Teuerung viel zu lange Zeit. Auch ist der Ablauftermin für die Arbeiterschaft ungünstig, da im Sommer in der Kallindustrie die Konjunktur nachläßt, während sie im Frühjahr und Herbst stärker einsetzt. Praktisch bedeutet dieser Schiedspruch, daß die gesamten Kallarbeiter, das sind 85 Prozent der Gesamtbelegschaft, so gut wie nichts erhalten.

Der Höhepunkt des Langtopp-Prozesses

Anlagerede des Reichstagsabgeordneten Genossen Jadašč gegen die Entschädigungsmach der Reichsregierung

In dem Attentats-Prozess gegen den Farmer Langtopp trat Dienstag nachmittag eine sensationelle Wendung ein. Der vom Gericht als Sachverständiger abgeleitete Reichstagsabgeordnete Genosse Jadašč war von der Verteidigung, diesmal als sachverständiger Zeuge, wiederum geladen worden. Seine fast dreiviertelstündigen Ausführungen waren eine fürchterliche Anlagerede gegen das herrschende System; unter dem Eindruck der Aussagen des Genossen Jadašč, der unter atemloser Stille des ganzen Saales erschütterndes Material vorbrachte, mußte die Verhandlung abgebrochen werden. Die im Zuscherraum sitzenden Leidensgenossen Langtopps weinten und schluchzten, dem Angeklagten Langtopp rannen die Tränen über's Gesicht. Er ist dem Zusammenbruch nahe und erklärt, daß ihn die Rede des Genossen Jadašč noch einmal das ganze Flüchtlingsleben erleben ließ, und daß er außerstande sei, der Verhandlung weiter zu folgen. Darauf mußte das Gericht den Prozess auf Sonnabend vertagen.

Gleich nach Eröffnung der Nachmittags Sitzung tritt Genosse Jadašč vor die Gerichtsbänke. Unter der gespanntesten Aufmerksamkeit aller Anwesenden schildert er zunächst die Entstehung des Entschädigungsgedankens überhaupt und die Bestrebungen der Regierungsinstanzen im Jahre 1924 und 1925, diese damals entstehende Bewegung zu staatspolitischen Zwecken auszunutzen. Noch an der Notlage der Geschädigten, denen das Hemd verständlicherweise näher als der Rod lag, scheiterten diese unehrlichen Bemühungen. Und da war es nicht zuletzt die kommunistische Partei, die den Geschädigten mit Rat und Tat zur Seite stand. Die damaligen Geschädigten-Organisationen stellten sozusagen inoffizielle Regierungsorgane dar. Klar, daß diese nicht fähig und gemillt waren, den Forderungen der Geschädigten Nachdruck zu verleihen. Oppositionelle Interessenvertretungen entstanden, und die ganze Bewegung erhielt dadurch aktiveren Charakter.

Ritte 1927 zirkulierten dann die ersten Nachrichten von einem neuen Entschädigungsgesetz in die Masse der Geschädigten, und als im Dezember dieses Gesetz dem Reichstag vorgelegt wurde, stellte sich die geradezu empörende Unzulänglichkeit des Entwurfes heraus. Diese Tatsache war natürlich nicht geeignet, beruhigend auf das Herz der Verzweifelteten zu wirken, und als zu allem Überflus der damalige Finanzminister Dr. Brücker mit allerlei Märgen die rasche Beratung des Entwurfes hintertrieben hatte, erreichte die Erregung ihren Siedepunkt.

Zu Hunderten belagerten die Flüchtlinge den Reichstag. Die Abgeordneten konnten sich schließlich nicht mehr vor dem Ansturm der Delegierten aus allen Ecken und Enden Deutschlands retten, und als dann bekannt wurde, daß auf die rund 17 Milliarden Mark Schadengrundbeträge nur 1024 Millionen Mark für die Flüchtlinge bereitstünden, kam die Erregung zur Explosion. Langtopps Verzwei-

lungstat geschah, und unter dem gewaltigen Eindruck wurde darauf die Entschädigungssumme auf 1300 Millionen erhöht.

Nachdem Genosse Jadašč eine Anzahl Beispiele, wie das Reichsentwürfsamt die Geschädigten behandelte, vorgetragen hatte, brachte er Auszüge von Briefen zur Verlesung. Mit erschütternder Eindringlichkeit entnahm man daraus die verzweifelte Stimmung und den entschlossenen Willen zur Selbsthilfe.

Der Eindruck dieser Schilderung im Gerichtssaal war ungeheuer. Da war keiner, der davon unberührt geblieben war. Als nach den Ausführungen Genosse Jadašč die einzig richtigen politischen Schlussfolgerungen ziehen wollte, erhoben sich Staatsanwalt und Vorsitzender wie auf Kommando. Mit der durchsichtigen Bemerkung, daß weiteres „nicht zur Sache gehöre“ (!), schnitten sie ihm das Wort ab.

Als Genosse Jadašč geendet, erhob sich Langtopp und erklärte, daß ihn das eben Gehörte für eine weitere Verhandlung unfähig gemacht habe. Der Vorsitzende, sichtlich bemüht, die Wirkung der Anlagerede abzuschwächen, ordnete eine kurze Pause an. Er mußte aber schließlich doch dem Antrage der Verteidigung auf Schluß der Sitzung stattgeben.

Am Sonnabend wurde die Beweisaufnahme fortgesetzt. Am Montag wurde die Beweisaufnahme geschlossen. Der Anlagerevertreter, Oberstaatsanwalt Dr. Köhler versuchte dann in seinem Plädoyer, durch eine nationalistische Stimmungsmache die Aufmerksamkeit von der Entschädigungsmach der Reichsregierung abzulenken. Er erklärte: Man müsse einsehen, daß für die Schäden nicht die Behörden haftbar zu machen seien. Was Langtopp getan habe, entspreche einer echt deutschen Eigenschaft, immer die Schuldigen in den eigenen Reihen zu suchen, anstatt den Blick über die Grenzsphäre hinaus ins Feindesland zu wenden und sich Hartzumachen, daß die wirklich Schuldigen an dieser Verzweiflung dort lägen. Es wäre gut, wenn diese Verhandlung ein Echo in Paris fände. Das Bild, das hier von der Verelendung Deutschlands aufgezeigt wurde, sei genauer als die Berichte des Reparationsagenten.

Staatsanwalt Dr. Köhler beantragte gegen den Angeklagten Langtopp wegen räuberischer Erpressung eine Gefängnisstrafe von einem Jahr zwei Monaten, wegen Nötigung eine Gefängnisstrafe von einem Monat, und wegen unehrlichen Entschädigung eine solche von zwei Wochen. Er bat, diese Strafe zusammenzusetzen in eine Gefängnisstrafe von einem Jahr drei Monaten unter voller Anrechnung der Untersuchungshaft von zehn Wochen. Bei dem Angeklagten Langtopp sei zweifelloser Bewährungsfrist oder eine Degradierung am Plage.

Bzüglich des Angeklagten Loos beantragte der Staatsanwalt Freiempfang, lediglich aus Mangel an Beweisen.

Sport vom Sonntag

Nach der vorgestrigen Sonntag war nicht frei von Überraschungen. Das Stern einen solchen Bombenflug gegen Freiheit erzielen würde, hätte niemand erwartet. Ebenso überraschend kommt der hohe Sieg 1921 gegen Rapid und die hohe Niederlage Sparta gegen 1924. In einer Punktstellung kam es in Dömitz. Die Berichte melden im einzelnen:

1924 I - Sparta I 8:1. Auf dem Sparta-Platz trugen am Sonntag obige Mannschaften ihr Serienpiel aus. Von Anfang an ist 1924 überlegen und erzielt bis Halbzeit drei Tore, gegen die Sparta nur eins setzen konnte. Nach Wechsel wirkte sich die Überlegenheit von 1924 bis zum Schluss in fünf weiteren Toren aus.

Einigkeit - VfB. 4:2. Mit dem Anstoß VfB. kommt sofort ein stilles Spiel in Gang. Schon nach zehn Minuten liegt VfB. 1:0 in Führung. Kurze Zeit darauf muß der Rechtsaußen von Einigkeit wegen Verletzung das Spielfeld verlassen. Trotzdem gelingt Einigkeit der Ausgleich. Mit 1:1 werden die Seiten gewechselt. Schon wenige Minuten nach Wiederbeginn hat sich VfB. die Führung erkämpft. Die Freude währt aber nicht lange. Durch Anstoßen gelingt es Einigkeit, den Ausgleich und das Führungstor zu erzielen. Kurz vor Schluß ist es derselbe Spieler, der obiges Resultat herstellte. Im Verhältnis zu früheren Leistungen war Einigkeit nicht wiederzuerkennen.

Silesia-Riders I - West I 0:1. Im Stadion trafen sich zum letzten Verbandsspiel Silesia-Riders gegen West I. Silesia-Riders stellte eine verjüngte Elf, welche dauernd die eifrige Mannschaft in Schach hielt. Mit 1:0 mußte sie vom Felde gehen. Der Schiedsrichter war ein gerechter Helfer des Spieles. Vorher spielten die zweiten Mannschaften beider Vereine. Das Spiel endete mit 1:0 für Silesia.

Dömitz I - Südost I 2:3. Durch Unfall war Dömitz zur Umstellung seiner Mannschaft gezwungen. Mit dem Wind im Rücken eröffnete Dömitz das Spiel. Es gelang, 1:0 in Führung zu gehen. Süd drängt nach dem Ausgleich, der nach vor Halbzeit durch den Halbbrechten erzielt wird. Nach Wechsel geht Süd in Führung. Erst 20 Minuten nach Schluß kann Dömitz ausgleichen. Man glaubte bereits an eine Punktstellung. Der linke Verteidiger der Dömitzer verschuldet jedoch kurz vor Schluß ein Eigentor, welches den Sieg Südosts sicherstellte.

VfL Leipzig-Stötteritz schlägt Sturm-Breslau in der Endrunde um die Mitteldeutsche Verbandsmeisterschaft im Fußball 5:1 (3:1)

Leipzig trat ohne seinen vorzüglichen Mittelfürmer an, der in der Ländermannschaft gegen England verletzt wurde. Breslau eröffnete das Spiel sehr temperamentvoll und erzielte bereits in der dritten Minute sein Tor. Die Sachsen wurden in den folgenden Minuten besser, was sich auch bald zu einer technischen und Feldüberlegenheit auswirkte. Trotzdem bilgte Breslaus Sturm an Schnelligkeit nichts ein und hatten die Käufer mehr mit der Abwehr als mit dem Aufbau zu tun. In der 15. Minute fiel durch schnelles Fußball zwischen Verlags Halblinien und Halbrechten das Ausgleichstor. Ein unhaltbarer Schuß bereitete unter die Latte! In der Folge drückt VfL-Leipzig beängstigend. Besonders die rechte Sturmseite spielt sehr gut. Breslaus Käufer und Hintermannschaft hatten viel zu tun, also kurz vor Halbzeit fielen die Führungstore für Leipzig. Durch entschlossenes Spiel von Mitte und Halblinien nach Seitenwechsel greift Sturm wieder mit großem Schwung an. Es zeigt sich aber bald, daß die Leipziger das Spiel in der Hand hatten, unterstützt von einer blendenden und ballsticheren Verteidigung. Breslaus Torwart, Verteidiger und rechter Käufer leisteten übertragende Abwehrarbeit. Tagelang war das Abspiel der Käuferreihe zum Sturm in allgememem recht schlecht, so daß die VfL-Käufer die häufigsten Angriffe meistens unterbanden. Der Breslauer Sturm an sich gefiel mit seinen Anstößen sehr gut und setzte viel Energie und ein schönes und schnelles Abspiel. Eben dadurch, daß er nicht die nötige Unterstützung von seinen Päufern erhielt, reichte es auch nicht zu Entzügen. Nach halbblünder Erleichterung fielen kurz hintereinander zwei Tore für Leipzig. Wegen einem Angriff auf den am

Boden liegenden Torwart Dömitz mußte ein Spieler von Breslau das Feld verlassen. Das trug dazu bei, daß sich der Sturm zu ernsthaften Angriffen nicht mehr zusammenfand. Dömitz kam, daß der Mittelfürmer in der ersten Halbzeit verletzt wurde und an der Entwicklung des Spieles nicht mehr mit voller Kraft mitwirken konnte. Trotz der hohen Niederlage hat Breslau beim Publikum Ansehen gefunden. Es erfreute die Zuschauer besonders das schwingvolle Spiel und die sehr gute Arbeit des Verteidigers und des Torwands, der mehrmals Beifall bekam. Es wurde die allgemeine Auffassung vertreten, daß die Mannschaft bei einer Käuferreihe, die im Aufbau besser ist, einen sehr guten Klafffußball zeigen könnte. Besonders fielen mehrere Spieler durch ihre Entschlossenheit und Ballbehandlung auf. War man vom technischen Standpunkt von Breslau enttäuscht, so freute man sich doch, daß die Mannschaft durch ihr frisches Spiel zu einem interessanten Treffen beitrug. Dem Spiel wohnten circa 5000 Zuschauer bei.

Union I - VfB. I 5:1. Zur angelegten Zeit stellten sich obige Mannschaften dem Schiedsrichter Kündel zum Serienpiel. VfB. spielte in neuer Aufstellung, die sich aber nicht bewährte. Infolgedessen hatte Union bedeutend mehr vom Spiel. Die äußerst schwache Verteidigung VfB.s kann Erfolge nicht verhindern. Der schußkräftige Sturm Unions erzielt bis Halbzeit drei Tore, denen VfB. nichts entgegenzusetzen kann. Nach Wiederbeginn bleibt Union weiter im Vorteil. VfB. gelingt es, im Anschluß an einen Durchbruch des Eigentors zu erzielen. Bis Schluß erhöht Union das Resultat auf 5:1. Die zweiten Mannschaften spielten vorher. Hier gewann VfB. 2:1.

Table with 3 columns: Team, Score, Result. Includes sections for 'Gemeldete Resultate I. und II. Mannschaften' and 'III. und IV. Mannschaften'.

Table with 3 columns: Team, Score, Result. Includes section for 'Jugend'.

Berichte vom Sonntag im Handball. Der erste Seriensonntag fiel nicht ohne Überraschungen aus. So gelang es in der Männer-A-Klasse der 7. Abteilung I, die 5. Abteilung I nach technisch schönem Spiel zu schlagen und somit ihre Position weiter zu befestigen. Im Stadion mußte die sehr geschwächte Poseidon-Elf nach stottem Spiel von der fegewohnten Fichte-Rochberner-Mannschaft eine empfindliche Niederlage hinnehmen. Hatte man geglaubt, daß die 2. Abteilung gegen Gaudan gewinnen würde, so sah man sich getäuscht. Gaudan konnte gegen die 2. Abteilung

nach überlegenem Spiel gewinnen. Es wurde aber nur als Gesellschaftsspiel ausgetragen. Nach abwechslungsreichem Spiel siegte die 6. Abteilung I über 1. Abteilung I knapp. Die 1. Abteilung verlor dadurch zwei wertvolle Punkte, die ihr am Schluß der Serie fehlen werden. In der Männer-B-Klasse trennten sich die Mannschaften 1897 I - 7. Abteilung II unentschieden. 6. Abteilung II schlägt Nordost I ziemlich hoch, da Nordost nicht mit voller Mannschaft zur Stelle war. Bei der C-Klasse gelang es Poseidon II 1925 II zu schlagen. 4. Abteilung I mußte von Fichte-Rochberner II eine hohe Niederlage hinnehmen. In der D-Klasse, Jugend sowie bei den Sportlerinnen wurden die meisten Spiele nicht ausgetragen oder wurden kampflös gewonnen, da verschiedene Mannschaften nicht antraten oder die Schiedsrichter durch Abwesenheit glänzten.

Table with 3 columns: Team, Score, Result. Includes sections for 'Männer-A-Klasse', 'Männer-B-Klasse', 'Männer-C-Klasse', 'Männer-D-Klasse', 'Jugend-A-Klasse', 'Jugend-B-Klasse', and 'Sportlerinnen-B-Klasse'.

Kreisfussball der Knaben. Der Übungsbetrieb beginnt Mittwoch, den 10. April, 18 Uhr, in der oberen Turnhalle der Pleignitzer Schule. Jeder Verein (Abteilung) kann vier Knaben dazu entsenden. Die Teilnehmer müssen ein vom Verein gestempeltes Mandat zur ersten Übungsstunde mitbringen.

Fußballferien. Meldefrist: 14. April. Meldungen bei Bundesgenossen Gruppe einreichen; von Mannschaft ein Schiedsrichter. Bis 21. April sind Pässe bei Bundesgenossen B. Gieseler, Berliner Straße 88, in Ordnung zu bringen. Für sämtliche Schiedsrichter Donnerstag, den 18. April, 20 Uhr, bei Hante, Leuthenstraße, Fußballregelbesprechung.

Freie Turnerschaft Breslau. Die kleine Kampfbahn des Stadions steht jeden Sonntag von 8 bis 10 Uhr unseren Sportlern und Sportlerinnen zur Verfügung. Abteilungen, die Turnen durchführen wollen, können dazu die Kampfbahn benutzen. Meldungen vorher an Bundesgenossen Gruppe.

Official notice from Weiskstein regarding school admission. Title: 'Amtliche Bekanntmachung von Weiskstein'. Content: 'Neuaufnahme in der gewerblichen Berufsschule Weiskstein. Alle Knaben aus Weiskstein... Die Neuaufnahme und Verlegung der Schüler in der hiesigen gewerblichen Berufsschule findet statt...'

Warum Arbeiter-Samariter-Bund?

Seit vielen Jahrzehnten entwickelte die sozialistische Arbeiterbewegung selbständige Organisationen, um auf politischem, auf wirtschaftlichem Gebiete, auf dem Gebiete des Sports, der Welt am Pflug der Kirche, den Kampf gegen die Bourgeoisie zu führen. Eine der letzten Gebiete, auf denen sich die Loslösung des Proletariats vom bürgerlichen Einfluß durch Bildung selbständiger Organisationen entwickelte, ist die Sozialpolitik. Die meisten sozialpolitischen Arbeitervereine sind erst in der Nachkriegszeit entstanden.

Einer der ältesten ist der Arbeiter-Samariter-Bund, entstanden noch bereits Anfang der neunziger Jahre des vorigen Jahrhunderts in der ersten Kolonne! Hat der A.S.B. eine seiner wichtigsten Aufgaben, den Kampf gegen die Bourgeoisie auf dem Gebiete des Samariterwesens und der Sozialpolitik, den Kampf vor allem auch gegen die mächtige Gegenorganisation des Bürgertums, gegen das rote Kreuz, hat der A.S.B. diese Aufgabe gelöst? Ist er auf dem Wege, den Sieg des Proletariats auch auf diesem Sondergebiete vorzubereiten?

Diese Frage gilt es heute zu stellen angesichts der Vorbereitung des im Mai stattfindenden Bundeskongresses und vor allem angesichts des reichlichen Kampfes, den mit zunehmender Schärfe der Bundesvorstand und viele Kreis-, Bezirks- und Kolonnenleitungen gegen die Unwissenheit Mitglieder und Funktionäre des Bundes führen.

Die Chronik der letzten zwei Jahre gibt die Antwort auf unsere Frage. Es grüßliche Ablehnung des Kampfes gegen das rote Kreuz wurde vom Bundesvorstande Kreiskommissioner auf dem Weimarer Bundeskongress festgelegt: Wir wollen aber den Kampf gegen das R. K. nicht. Es hätte keinen Sinn, dieses als solches zu bekämpfen. Die Tätigkeit des R. K. als gemeinnützige Arbeit wird ja auch von uns niemand angreifen wollen. So spricht der 1. Bundesvorsitzende des A.S.B. von der Organisation, an deren Spitze Fürsten, Generale, Oberpräsidenten, Kommandanten und alle die anderen Vertreter der herrschenden Klasse stehen. Von der Organisation, die ewig und systematisch die Vorbereitung für den kommenden Weltkrieg betreibt! Von der Organisation, deren Kolonnen im härtesten Kampf gegen die revolutionären A.S.B.-Kolonnen stehen!

Das vergangene Jahr brachte den Schandvertrags als Mittel zur Unterdrückung jeder Bewegung von Klassenbewußtsein und zur Ermöglichung des Anschlusses aller revolutionären Bundesglieder. Den Kebers, der die Mitglieder mündlos und zu wahren... zeigen einer... Maximalum patzenden Bürokratie machen soll. Den

Kebers, der bezweckt, daß die durch den Bund und keine Organe ausgeschlossenen Mitglieder auch als Gäste keinen Zutritt zu den Versammlungen der Kolonne haben dürfen, und daß der Presse, Zeitungschriften oder dritten Personen gegenüber schriftliche oder mündliche Mitteilungen über Angelegenheiten des Bundes ohne Zustimmung der in Frage kommenden Instanzen nicht gemacht werden dürfen.

Die beiden letzten Jahre brachten Massenaufläufe in Leipzig und Berlin. Sie brachten den Ausschluß des Genossen Keßler, Kreisleiter des 3. Kreises. Die beiden letzten Jahre konnten angesichts dieser diktatorischen Maßnahmen weiten Kreisen der Mitgliedschaft keine nennenswerte Entwicklung bringen. Mitglieder- und Kolonnenzahl haben nur unwesentlich zugenommen.

Nichts kann berichtet werden über Maßnahmen zur Brechung des Einflusses des roten Kreuzes in den Reihen der Arbeiterschaft. Ja, noch immer vertritt Gahmann den A.S.B. gleichzeitig in A.S.B. und im R. K.! Noch immer gilt für die Arbeiter-Samariter-Kolonnen das Verbot, die Kolonnen des roten Kreuzes zu bekämpfen. Noch hat der A.S.B. nicht die vom Weimarer Bundeskongress beschlossene Broschüre mit Material gegen das R. K. herausgegeben.

Noch immer weigern sich der A.S.B. und die meisten Kreisleitungen, in eine Arbeitsgemeinschaft einzutreten mit den auf verbandlichen Gebieten arbeitenden Organisationen der Klassenbewußten Arbeiterschaft, wie der J.A.B. der Roten Hilfe usw. Wohl aber besteht es an Kreisleitungen, Delegierte zu entsenden in die Provinzialauslässe für die Rote Hilfe, in denen die Hörben und Rotes Kreuz den entscheidenden Einfluß haben.

Und trotzdem Arbeiter-Samariter-Bund! Trotz alledem wird und arbeitet gerade die Opposition im A.S.B. mit größter Energie für Ausbau und Ausbreitung des Bundes.

An dem Willen der Mitglieder liegt es, das Stener des Bundes-schiffes heranzureißen. Gerade angesichts des stattfindenden Bundeskongresses müssen die Arbeiter-Samariter mit aller Entschiedenheit den Kampf organisieren für die Fortsetzung der revolutionären Arbeiter-Samariter.

Bündnis mit allen sozialpolitischen Organisationen der Klassenbewußten Arbeiterschaft! Wiederannahme aller aus politischen Gründen oder wegen Verweigerung der Kebersunterstützung ausgeschlossenen! Zurückziehung des Kebers! Lösung jeder Arbeitsgemeinschaft mit dem R. K. und den kapitalistischen Behörden!

Parteifunktionäre von Groß-Breslau

Am Mittwoch, dem 10. April, findet um 20 Uhr im „Hubertussaal“, Friedr.-Wilhelm-Strasse, eine äußerst wichtige

Funktionärsitzung

statt. Alle Parteifunktionäre von Groß-Breslau müssen unbedingt erscheinen! Ohne Ausweis kein Zutritt!

Magistrat gegen Obdachlose

Eine Frau S. mußte Weihnachten 1927 aus ihrer Wohnung auf der Stodgasse heraustragen, weil das Haus auf Anordnung des Bau...

Immer langsam voran

Das Wohlfahrtsamt nimmt sich Zeit. Vor vier Wochen hat ein Unterstützungsempfänger von der Lannengasse ein Gesuch eingereicht...

Das Bein abgefahren

Ein schwerer Unglücksfall ereignete sich Montag nachmittag in Zimpel an der Endstation der Straßenbahn. Ein 18jähriger Knabe...

Reisenunterhaltung über Sowjetrußland

A. K. Auf der Straße Görlitz-Dittersbach steht eine Dame in unser Abteil. Der an meiner Seite sitzende SPD-Jüngling findet an ihr Gefallen...

Alle KPD-Kameraden

nehmen mit den Fahnen der Abteilungen an der Einäscherung des Kameraden Mierzwa im Krematorium Gräbchen, Dienstag, 17 Uhr, teil.

Achtung! Kommunale Gemeindevorsteher! Rat und Auskunft

in allen kommunalpolitischen Angelegenheiten erteilt die kommunalpolitische Abteilung der SPD. Bezirksleitung Schlesien. Zuschriften an Stadtrat Hermann Ammon, Breslau 3, Berliner Platz 3.

Die städtische Sparkasse zu Breslau gibt bekannt: Die Aufwertungsstelle für Sparguthaben — Hilfsstelle A — ist am 2. April d. J. von Reuschstraße 15 nach Wücheryplatz 1, I. Stod, verlegt worden.

Die Übertragung von Aufwertungsunterlagen auf ein Reichsmark-Sparbuch kann auch bei jeder Sparkassennebenstelle und bei der Hauptstelle, Rosa-Markt 7/9, beantragt werden.

Streifenperierung. Wegen Verlegung von Wasserrohren werden nachstehende Straßen in Breslau-Kriegerstadt für Fahrzeuge aller Art wie folgt gesperrt: Kaiser-Friedrich-Strasse, halbseitig, Süd-

In der gestrigen Stadterordnetenversammlung wurde die Beratung des Haushaltsplanes fortgesetzt. Als erster Redner sprach Wolff (Bis.). Er meint, daß wir den Krieg verloren haben...

Auch bei dem Betriebsrat für die städtischen Kraftwagen mußte geklärt werden. Eine größere Anzahl städtischer Beamter beantragte die Dienstreifen für private Zwecke...

Für den Posten ist Stadtrat Behrendt (Dem.) vorgeschlagen. Die Sozialdemokraten haben beschlossen, für Behrendt zu stimmen, aus Erkenntlichkeit dafür, daß die Demokraten kürzlich für Schramm gestimmt haben.

Die Haushaltsdebatte wird nun wieder fortgesetzt. Als nächster Redner spricht Krebs (Bis.). Er polemisiert gegen seinen Parteifreund, den Stadtkämmerer, weil der in seiner Staatsrede nicht freundlich genug von der Wirtschaft gesprochen haben soll.

Genosse, hast du schon bei Deinem Kassierer Prüfbogen mitgebracht? Monoton gedruckt? Letzter Termin 25. April

Seite, vom 10. bis 20. 4. 1929; Germanenstraße, halbseitig, Ostseite, vom 15. 4. bis 11. 5. 1929; Schlossparkstraße, halbseitig, Ostseite, vom 5. bis 31. 5. 1929.

Breslauer Volksbühne. Im Rahmen der Sonderveranstaltungen der Volksbühne findet am Donnerstag, dem 11. d. M., im großen Saale der Gesellschaft für vaterländische Kultur (Matthias-Lunz) ein Lichtbildvortrag...

Gegen die Rattenplage. Der Polizeipräsident hat für Montag, den 6. Mai, um 8 Uhr morgens eine allgemeine Rattenvergiftung angeordnet. Die Verordnung gilt auch für die Inhaber von Laubengrundstücken.

Mittelschlesien Brief

Achtung! Am Freitag, dem 12. April, 20 Uhr im „Weinberg“ öffentliche Versammlung. Referent: Gaujührer Scholz. Arbeiter und Arbeiterinnen, erscheint in Massen!

Humor-Ede

Aber der Obersteiger. Vor Kohle belaufte ich folgendes Gespräch zwischen einem Steiger und dem Hauer Stacho. „Na, Stacho, wo warst du denn gestern, du bist ja heute so schlapp.“

Verteidiger: „Kann der Zeuge uns den Vorgang genau schildern?“ Zeuge: „Jawohl! Er sagte, er würde mir fünf Mark geben, wenn ich nicht gegen ihn ausjage.“

Kaufung

Siegerts Jubiläum. Vor kurzem feierte die Firma Siegert ein Jubiläum in Bezug auf ihre Bestehen. Dazu wurde in der bürgerlichen Presse viel gelobhuldert. Unsererseits ist dazu nur zu sagen, daß in erster Linie die Arbeiter den Profit erschufen haben.

Versammlungskalender

- Parteiveranstaltungen: Stadtrat West, Dienstag 20 Uhr Funktionärsversammlung im „Anglerheim“. Kommunistscher Jugendverband: Club, Dienstag 19.30 Uhr Gruppenabend bei Berger, Sedanstraße 35.

Die „Debema“ nicht gemeinsinnig. Durch Beschluß vom 29. 5. 28 wies das Landgericht I Berlin das Reichsgericht an, gegen die Debema wegen des Gesellschaftsbeschlusses, in welchem der Firmenzweck „Anschluß des Deutschen Beamtenwirtschaftsbundes“ gefaßt war, das Lösungsverfahren einzuleiten.

Waldenburger Bergland

Gauzustände auf der Friedenshoffnunggrube

Sehntübensicht — Lebensgefährliche Fahrstreden — Bewetterung mit Schlauch und Düse
Der sozialdemokratische Betriebsrat schläft

(Von unserem Arbeiterkorrespondenten.)

Auf der Friedenshoffnung-Grube sind Zustände eingerissen, die alles bisher Dagewesene in den Schatten stellen. Ich habe bereits auf den verschiedensten Seiten berichtet, auch dort ging nicht alles an Schindeln, aber derartige Zustände habe ich noch nirgendwo gesehen. Bekanntlich soll ein Gesetz bestehen, wonach der Achtundtagsgesetzlich veranlaßt ist. Das dieses nur auf dem Papier steht, beweist die Verwaltung der Friedenshoffnung-Grube, indem diese die Zimmerung

nur durch Überstunden

aufrecht erhält. Es kommt vor, daß Kumpels an vier bis sechs Tagen der Woche je zwei Überstunden machen. 34 bis 36 Schichten im Monat sind durchaus keine Seltenheit, dieses zu einer Zeit, wo Millionen ohne Arbeit und nur auf die Bettelbüchse der Erwerbslosenfürsorge angewiesen sind. Am schlimmsten scheint dieses in der 14. Abteilung eingerissen zu sein, so daß oft über die Hälfte der Abteilung zehn Stunden arbeitet. Am besten steht man dieses zum Schichtende in der Badelau, wo oft nur einige Mann der Abteilung sich waschen.

In der Hauptförderstraße 8. Sohle ist zum Schichtanfang oder -ende selten einmal die Bahn frei. Die Kumpels sind gezwungen,

über, unter und zwischen den Wagen

herumzukriechen, um an ihre Arbeitsstelle oder an den Schacht zu gelangen. Oft setzt sich während dieser Turnerei ein Zug in Bewegung, und nur der Geistesgegenwart der Kumpels ist es zu verdanken, daß bisher noch keine schweren Unfälle vorgekommen sind. Gehen aber die Kumpels etwas früher weg, um zur Seilschneiderei zurückzukommen, so werden sie wegen vorzeitigem Schichtmachens bestraft (!) Der Bergbehörde empfehlen wir, einmal eine unangenehme Befahrung bei dem Schichtwechsel vorzunehmen.

Die Bewetterung der Abteilungen spottet jeder Beschreibung. Die Ventilatoren sind nur auf Schlauch und Düse angewiesen. Das kommt davon, daß die Wetterstreden fast völlig eingebrochen sind, und fast können nur die Ratten sich einen Weg bahnen. Zimmerung der Wetterstreden — Nebenache, Hauptaxe — Kohle, Kohle, Kohle! Die Kumpels kommen zum Schichtende mit völlig nasser, durchschwitzter Kleidung zum Schacht und sind einem kalten Wetterzug ausgesetzt, der einem die Nässe vom Kopfe bläßt! So ist es kein Wunder, wenn 30 bis 40 Mann einer Abteilung krank feiern müssen. Die Betriebsräte, denen das alles bekannt ist, verhalten sich völlig passiv. Kommt man mit irgendeiner Beschwerde zu diesen, so wird man höhnisch von diesen Betriebsräten angelächelt. Kein Wunder, da diese ja für den Wirtschaftsfrieden eintreten.

Für heute vorläufiger Schluß. Wir werden nächstens mehr an die Öffentlichkeit bringen, auch über die Praxis der Betriebsräte.

Die Anpöbelungen der „Bergwacht“ gegen Genossen Schulz

Welches ist der Zweck der Heße?

Solange die kommunistische Partei besteht, haben sozialdemokratische Blätter die Funktionäre der SPD. in den Dred gezogen. Durch ihren ständigen Arbeitererrat, unfähig, politisch zu diskutieren, haben sie sich dem Gebiet der persönlichen Beschimpfung zugewandt. Von allen deutschen Blättern der Sozialdemokratie darf sich die in Waldenburg erscheinende sozialdemokratische „Bergwacht“, im Volksmunde genannt die „Dredwacht“, rühmen, lediglich von Verleumdungen und Anpöbelungen ihr Paisen zu fristen. Einer der treuesten Funktionäre unserer Partei, unser Genosse Schulz, ist bei den „Dredwacht“-Redakteuren der gehässhafte Mann. Gegen ihn richtet sich seit zehn Jahren die ganze Wut der Leute von der „Bergwacht“. Der Genosse Schulz ist, braucht nicht besonders betont zu werden, das weiß jeder Klassenbewußte Arbeiter von Waldenburg. Er hat es nicht notwendig, auf längst widerlegte Lügen und Verleumdungen zu antworten.

Wie aber die Leute aus der „Bergwacht“ aussehen, die sich in ihrem ohnmächtigen Dagegen Genossen Schulz nur in Anpöbelungen ergehen können, das beweist am besten einer dieser Redakteure, genannt „Schmuhbüchel“ oder „Onkel Paul“. Um sich mit solchen Leuten auseinandersetzen, muß man schon zur Feuerzange greifen, um sich nicht zu verbrennen. Deshalb hat es Genosse Schulz auch bisher abgelehnt, sich auch nur ein einziges Mal in den zehn Jahren seiner politischen Tätigkeit mit diesen Leuten auseinandersetzen. Leute aber können vor den Schmuhbücheln in der „Bergwacht“ erwidern, daß ihnen Genosse Schulz Gelegenheit geben wird, einmal für ihre Anpöbelungen und bewußten Verleumdungen gerade zu stehen.

Welches ist aber der Zweck der fortwährenden Beschimpfung des Genossen Schulz? Unser Genosse hat das Vertrauen aller Klassenbewußten Arbeiter Waldenburgs und besonders das seiner Parteigenossen. Genosse Schulz wurde erst vor einer Woche wieder nach seiner Rückkehr von anderen Parteiposten auf einer Funktionärskonferenz, an welcher 85 Funktionäre teilnahmen, einstimmig zum Unterbezirkssekretär von Waldenburg gewählt. Die Leute in der „Bergwacht“ wissen, daß unsere Genossen in Waldenburg einen unerschütterlichen Kampf gegen ihre verräterische, den Arbeiterinteressen zumverlaufende, Politik führen. Sie wissen, daß ihre eigenen Anhänger sich angeekelt von dieser ewigen „Bergwacht“-Heße abwenden, und deshalb versucht man in plumper Weise unseren Exponenten der kommunistischen Bewegung in Waldenburg zu diskreditieren.

Es wäre uns ein Leichtes, einige Waldenburger SPD-Größen herauszugreifen und sie der Defektheit preiszugeben. Und wenn die Herren der „Bergwacht“ dies wünschen, sollen sie es sagen. Der Sozialdemokratie hängen die Laren, nicht fortzuliegenden Laufen ihres Arbeitererrates wie Steine am Falle. Um ihre eigenen Mitglieder, denen immer mehr die Augen aufgehen, bei der Stange zu halten, vollführt das Schmuhbüchel, die „Bergwacht“, eine unerhörte schamlose kommunistische Heße. Dadurch glaubt das Blatt, das Augenmerk von ihrem Verrat abzulenken. Aber sie werden nicht verhindern können, daß sich auch im Waldenburger Gebiet die Arbeiter um die kommunistische Partei scharen!

Arbeit gibt es nicht!

Enttarnung der Bürgermehrheit im Landeshuter Stadtparlament — Hausbesitzer fordern Abschaffung des Wohnungsamtes

Die am 4. April in Landeshut stattgefundenen Stadtverordnetenversammlung offenbarte wieder einmal den arbeiterefeindlichen Charakter der bürgerlichen Mehrheit. Bei den Wahlen für das städtische Jugendamt wurde Genosse Paul als Jugendpfleger und die Genossin Selma Förster als dessen Stellvertreterin gewählt. Die Festlegung der Baufluchtlinie an der Ede Schmiedeberger Straße wurde endgültig geregelt, so daß dem Abruch der „Drei Kronen“ nichts mehr im Wege steht. Dem Verlauf der katholischen Schule im Stadtteil Ober-Leppersdorf an den Preis zum Preise von 35 000 Mark wurde zugestimmt. Der Hausbesitzerverein verlangte in einem Antrage die Einführung des

Kartensystems und Abschaffung des Wohnungsamtes. Stadtverordneter Pils, Vorsitzender der Hauswirte, pries das Kartensystem als Fortschritt für Hauswirt und Mieter. Die Genossen Prädner, Walter und Pöhl wiesen in ausführlicher Weise darauf hin, daß dieses Kartensystem nur für die Hauswirte von Vorteil sei, für Städte mit Wohnungsnot aber überhaupt nicht in Frage komme. Kinderreiche Familien, Invaliden, Arbeitslose usw. würden von den Hausbesitzern überhaupt nicht berücksichtigt werden, da sie sich von den jeweils 20 oder 30 Karteninhabern nur diejenigen ausjuchten würden, welche am zahlungsfähigsten sind, oder die besondere Mietverträge, die über die Friedensmiete hinausgehen, mit ihnen im geheimen abschließen. Dem Stadtverordnetenvorsteher schien die Mehrheit der Linken recht unangenehm zu sein, denn er konnte die zuerst herbeigewünschte Aussprache über diesen Punkt nicht schnell genug beenden und den Antrag an den Magistrat überweisen.

Von der kommunistischen Fraktion war folgender Dringlichkeitsantrag eingebracht worden:
Der Magistrat wird aufgefordert, einer möglichst bald stattfindenden Stadtverordnetenversammlung Vorlagen zur sofortigen Inangriffnahme nachstehender Pflasterungs- und anderer bringender Arbeiten zur Beschlußfassung vorzulegen:

Oberes Revier
Ober-Germdorf wird eingemeindet. Das Staatsministerium hat die Eingemeindung des etwa 2000 Einwohner zählenden Ortes Ober-Germdorf nach Gottesberg verfügt.

Striegau

Von den Nazi-Kindern
Am vergangenen Sonnabend riefen die Nationalsozialisten zu einer öffentlichen Versammlung auf. An großen Plakaten und Handzetteln wurde nicht gepart. Die anwesenden Parteimitglieder, 60 an der Zahl, waren entweder weitstrebende Monoleistungen oder Schul-Kinder. Ingesamt waren höchstens 150 Personen anwesend, mit eingerechnet die Polizei unter Aufsicht ihres Oberhauptes. Soviele Polizei auf einmal hat Striegau noch nie gesehen. Die Nazis hatten eben Wind von den Arbeitern. Das Referat war äußerst interessant, so daß verschiedene Bürger — einschließlich — in der Diskussion sprach unter anderen ein Parteigenosse, der mit den Kindernazis hart abrechnete.

Jauer

Freitod des Massenbrandstifters Gork. Der Massenbrandstifter Gork als Mitglied, der elf Brandstiftungen zugeb, erhängte sich im Gefängnis in Jauer in seiner Zelle an einem Bettladen.

Landeshut

Neubau. Der Schwarzmelerische Kinderchor, dessen Darbietungen auch von vielen Arbeitern besucht wurden, hat nach künstlerischen Leistungen Neubau wieder verlassen. Bemerkenswert ist, daß dieser 150 Köpfe starke Chor fast aus lauter Proletarierkindern besteht. Die Darbietungen trugen religiösen und bürgerlichen Charakter, und so müssen diese Arbeiterkinder unbewußt der bürgerlichen Weltanschauung dienen.
Die Nazi-Sozi machen am Orte schon die fünfte Versammlung, um mit Macht eine Ortsgruppe zu gründen. Für die letzte Versammlung hatte man sich eine Patentkreuz-Amazonie beschreiben, aber Begelung für das städtische Bankkapital und die Arbeitsgemeinschaft mit Adolf Hitler und Lubendorf war nur bei einigen Elementen zu bemerken, die wirklich nichts mit den Bestrebungen der Arbeiterschaft zu tun haben.

1. Uferbefestigung in der Breitenau.
 2. Pflasterung der Schießhausstraße.
 3. Pflasterung der Waldenburger und der Vollenhainer Straße.
 4. Pflasterung der Schönberger und der Lieberstraße.
 5. Schaffung eines Verbindungsweges zwischen Breitenau und Ober-Leppersdorf.
 6. Ausbau der Schmiedeberger und der Bahnhofstraße.
 7. Befestigung des Wallgrabens um Schloss Kreppelsdorf.
 8. Aufnahme einer Anleihe in Höhe von 1 500 000 Mark zum Bau von 200 Arbeiterwohnungen im Zeitraum 1929—1930.
- Die Fabrikbesitzer Brinlop und Prerauer sahen beim Verlesen des Antrages des Schulbüchsen. Der Kaufmann Aberte beauftragte Uebergehung des Antrages und Fortsetzung in der Beratung der anderen Tagesordnung, wofür die gesamte Bürgerfront stimmte. Von einem anwesenden Erwerbslosen wurde in den Saal gerufen:

„Wenn Ihr uns keine Arbeit geben wollt, dann werden wir Euch bald etwas anderes erzählen.“

So hat das schöne Märchen des Stadtverordnetenvorstehers, das er den Stadtverordneten in der ersten Sitzung des Jahres 1929 erzählte über die Schaffung von Arbeitsmöglichkeiten von Seiten der Stadt aus, ein schnelles Ende gefunden. Die kommunistische Fraktion hat nichts anderes verlangt als eine Stadtverordnetenversammlung, welcher der Magistrat Vorlagen unterbreitet, die die sofortige Inangriffnahme derjenigen Arbeiten vorsehen, die zum überwiegenden Teil von dem Vorkrieger in der ersten Sitzung genannt wurden und im Laufe des Jahres ausgeführt werden sollten. Darüber spricht man natürlich heute nicht mehr, sondern darüber laßt man nur. Die Erwerbslosen und alle Werktätigen werden dieses Verhalten der Bürgerfraktion nicht verzeihen.

Niederschlesien

Görlitz

Stadtverordneterfassung

700 000 Mark Fehlbetrag im Haushaltsplan — Der Dedungs-vorschlag des Magistrats mit Stimmengleichheit angenommen.

Zur Dedung des vorhandenen Fehlbetrages im Haushaltsplan 1929/30 hatte der Magistrat folgenden Vorschlag unterbreitet:

- 98 000 Mark durch einen Uebertrieb im Fortk aufzubringen.
- 250 000 Mark mehr als bisher aus den Betriebswerken heraus-zuziehen und dies durch die Wiedereröffnung der Gas- und Stromerzeugerwerke zu ermöglichen.
- 102 000 Mk. durch die Wiedereröffnung der Betriebsgebäude zu decken, wodurch die Gewerbetreibenden mit einer Zuschlag von 40 Prozent zur Ertragsteuer und 50 Prozent zur Kapitalsteuer belastet werden, und den Rest von
- 20 000 Mark durch die Erhöhung des Zuschlages zur Grundvermögenssteuer von 250 Prozent auf 300 Prozent, also durch eine zweiprozentige Mietererhöhung aufzubringen.

Für diesen Dedungsvorschlag des Magistrats sprachen sich alle bürgerlichen Parteien aus, abgesehen von den Nazis. Die Sozialdemokraten lehnten die Einführung der Gas- und Stromerzeugerwerke ab und beantragten als Ersatz die Erhöhung der Gewerbesteuer von Ertrag und Kapital, sowie einen erhöhten Uebertrieb im Fortk. Außerdem stimmten sie der Mietererhöhung zu. Beide Anträge wurden von unseren Genossen abgelehnt, da sie keine weitere Mehrbelastung der Werktätigen in irgendeiner Form die Zustimmung geben können. Unsere Genossen weisen vor allen Dingen auf das Unsoziale der Gas- und Stromerzeugerwerke hin und zeigen an Hand von Beispielen aus der Politik von Reichs- und Landtag, wie die bescheidende Klasse gerade in der Frage der Steuern gehont wurde. Von bürgerlicher wie von sozialdemokratischer Seite suchte man der Verarmung gunglos zu machen vor einer Zwangsliquidation durch den Regierungspräsidenten, die eintreten würde bei einer Ablehnung der Dedungsvorschläge. Mit Recht weisen unsere Genossen darauf hin, daß in diesem Falle breiten Schichten der Arbeitenden die Erkenntnis dämmern würde, daß sie in einer bürgerlichen Republik auch von einer Koalitionsregierung nichts zu erwarten hätten.

Die Abstimmung ergab Ablehnung des sozialdemokratischen Antrages und Annahme des Antrages des Magistrats mit Stimmengleichheit, wobei die Stimme des deutschnationalen Stadtverordnetenvorstehers den Ausschlag gab.

Eine kleine Anfrage unserer Genossen hatte folgenden Wortlaut:

1. Ist dem Magistrat bekannt, daß bei den Vorgängen am Dienstag, dem 26. März, auf dem Unter- und Obermarkt die dort eingezogenen Polizeikräfte mehrmals verjuchten, die dort verammelten bzw. demonstrierenden Erwerbslosen bei Ausübung ihrer verfassungsmäßigen Rechte zu fördern, anstatt zu schützen?
 2. Wer hat dem dort verantwortlichen Polizeioffizier den Befehl zum Einschreiten gegeben, auf den er sich zunächst berief?
 3. Da durch das Zurückziehen der Polizei das ungefähliche Vorgehen derselben bestätigt wurde, entbehrt die Verordnung der Polizeiverwaltung vom Mittwoch, dem 27. März 1929, über das Verbot von Umzügen und Kundgebungen auf den Straßen und Plätzen der Stadt der Grundlage. Ist der Magistrat daher bereit, die Polizeiverwaltung zu veranlassen, die oben genannte Verordnung sofort aufzuheben?
- Die Antwort zu 1. und 2. lautete dahin: „Die Polizei, die regelt den Verkehr...“

In Punkt 3 wurde behauptet, daß die Polizei nicht zurückgezogen worden wäre. Das ist eine unwahre Behauptung des Herrn Vieheg, die von unseren Genossen sofort als solche festgestellt wurde. Im übrigen wäre ein vorzeitiges Aufheben des Verbots nicht zu denken.

Der Oberhau des Magistrats kam zwar etwas spät, aber er kam. Das brachte er für die Proleten? Das, was Proleten in diesem Staate von ihm zu erwarten haben: neue Belastungen, Ausnahmestimmungen!

Wie sagt doch Hähne? Wir wachsen von Tag zu Tag mehr in den sozialistischen Staat hinein! Proleten, nicht wahr, ihr merkt es?!

Kaufmann

Gegen den Paragraph 218

In Kaufmann fand man vor kurzem eine Kindesleiche in der Kapbach. Die Ermittlungen ergaben, daß als Täterin die Hausangestellte Gertraud Preuß in Frage kommt; diese wurde verhaftet und nach Hirschberg gebracht. Arbeiterinnen, hier habt ihr das Schicksal einer der ewigen. Während die bescheidende Klasse ihre Hausärzte und Sanatorien hat, die den Kinderlegen regeln, kommt dies für die Armen nicht in Frage, da Abtreibung verboten ist und Anstalts- und Gefängnis wintern. Wie ist es in Sowjetrußland?

Für Frauen, die schwanger sind, und deren Einwände anerkannt werden, greifen die Ärzte staatlicherseits kostenlos ein, für alle anderen steht der Weg zum Arzt für eigene Kosten jederzeit offen. Also weg mit dem Paragraph 218 auch in Deutsch-Land! Man zwingt die Frauen zum Gebären, fragt aber nicht, wovon die Kinder leben sollen; man stellt die uneheliche Mutter samt Kind unter Ausnahmezustand. Wenn auch in diesem Falle andere Notwendigkeiten liegen, so hat doch die heuchlerische bürgerliche Moral wieder ein Opfer auf dem Gewissen.

Liegnitz

Verstorbener Selbstmord. Im Hause Breslauer Straße 50 suchte sich die 21jährige Kellnerin Rita R. mit Veramon-Zigaretten, einem Schlafmittel, zu vergiften. Man fand sie benutzlos in ihrem Zimmer auf und brachte sie nach dem Krankenhaus. Lebensgefahr dürfte nicht bestehen.

Kaiser Tod. Bei der Vorbereitung der Lokomotive zur Fahrt wurde der Ende der vierziger Jahre stehende Lokomotivheizer Stief von einem Hirnschlag getroffen, der seinem Leben ein Ende setzte.

Voranzeige. Sonntag, den 14. April, vormittags 9 Uhr, Unterbezirkskonferenz (Unterbezirk Liegnitz) in Gahnau. Tagesordnung: 1. Stellungnahme zum Bezirksparteitag. 2. Wahl der Delegierten und Anträge. Tagungsortal wird an dieser Stelle noch bekanntgegeben. UBR, Abt. Org.

Voranzeige. Sonnabend, den 13. April, abends 8 Uhr, Parteiliederverammlung. Tagesordnung: 1. Stellungnahme zur Unterbezirkskonferenz. 2. Wahl der Delegierten zur Unterbezirkskonferenz. Lokal wird durch Rundschreiben bekanntgegeben.

Glogau

Von eigenen Wagen zermalmt. Auf dem Bahnhof Schrepa war der in den fünfziger Jahren lebende Kaufmann Kasimir Kottlarzki mit dem Abfahren von Umzugsgut beschäftigt. Bei der Abfahrt stellte er sich auf die Weiche. Als die Pferde plötzlich anjagten, stürzte er herab und geriet so unglücklich unter sein Gespann, daß ihm die Wagenräder über die Brust gingen. Der Unglückliche verstarb kurz nach dem Unfall.

Sagan

Alle in der Textilindustrie beschäftigten Genossen und Genossinnen und alle übrigen Parteifunktionäre müssen am Mittwoch zu der wichtigen Parteiverammlung erscheinen.

Ein Teilnehmer über die Sowjet-Expedition nach Ostibirien:

In der Taiga auf der Suche nach dem Meteoriten / Von W. Strufow

Im Jahre 1908 ging in der Tungusischen Steppe im östlichen Sibirien ein ungewöhnlich großer Meteorstein nieder. 1000 Quadratkilometer Wald — eine Fläche, die um ein Viertel größer ist als die Bodenschicht Groß-Berlins — wurden vernichtet und noch 300 Kilometer von der Aufschlagstelle entfernt wurden durch den Luftdruck die Fenstergehäusen eingeschlagen.

Die Akademie der Wissenschaften der Sowjetunion rief im Frühjahr 1928 unter Leitung des Professors Kulik eine Forschungs-Expedition aus, die unter schwierigsten Verhältnissen am Ort und Stelle wissenschaftliche Beobachtungen vornahm.

Der Kimooperateur Genosse Strufow begleitete im Auftrage des Sowjeto die Expedition und berichtet hier über seine Erlebnisse.

Ein Telegramm: „Sendet unverzüglich einen Operateur nach Taischet“.

Man übergab mir den Koffer und am nächsten Tag sah ich schon im Zuge nach Taischet, wo ich die Expedition des Akademikers Kulik anzutreffen hoffte. Diese begab sich auf die Suche nach der Stelle, wo der Meteorstein heruntergefallen war.



Genosse Kulik

Ich fuhr in großer Eile, ohne besondere Ausrüstung, mit unvollkommenen Apparaten, ohne Gefährten, ohne Waffe und sogar ohne Ausweispapiere, mit wenigen Kubeln in der Tasche.

In Taischet traf ich die Expedition nicht mehr an, sie war schon auf dem Wege zur Handelseisenbahnstation Wanawara, um die letzten Reste des Winterweges auszuliegen zu können.

Ich holte mir ein wenig Geld beim dortigen Kreisvolkskomitee und setzte den Weg fort, trotz Warnungen vor den Gefahren, mit denen die Reise in den Bergen zu dieser Jahreszeit verbunden ist.

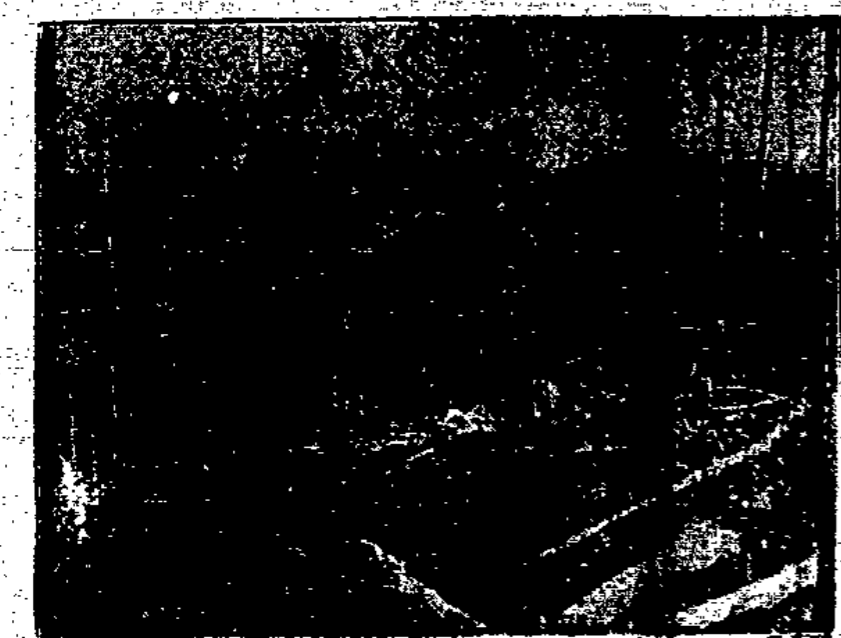
Jede Minute war also teuer. Ich fuhr Tag und Nacht mit Postpferden. Es war schon längst kein Winterweg mehr. Der schwierige Uebergang der Bergketten zwischen den Dörfern — Schitkin und Newanta — erfolgte schon auf dem Sommerweg. Die Pferde sanken bis zum Hals in den Schnee ein. Einen Schlitten mußte ich ganz zurücklassen und reitend für die anderen den Weg bahnen.

Beim Passieren eines zugefrorenen Bergflusses brach mein Pferd ein. Ich sank bis zum Gürtel ins Wasser und war gezwungen dem Pferde zu folgen, dieses durchbrach mit dem Gewicht des Körpers das Eis und bahnte auf diese Weise den Weg zum anderen Ufer.

Es fing an zu dämmern... Der Fuhrmann war zurückgeblieben... Ringsherum war nur Schnee und die stumme Wüste der Taiga... Alles kam mir verloren vor...

Aber nach anderthalb Stunden holte mich der Fuhrmann ein. Ich zog mich sofort auf dem Schnee um und machte mit großer Mühe Feuer.

Bei so schwierigen Verhältnissen erreichten wir den Fluß Angara, dieser war im Aufstauen, mit riesigen Eisblöcken bedeckt. Ich beschloß, unter Lebensgefahr vorwärtszuschreiten.



Die von dem Meteoriten verwüstete Landschaft

Pferde, Schlitten samt Geräte transportierten wir in die Mitte des Flusses, wo das Eis noch ziemlich fest war, hindüber und setzten vorsichtig den Weg nach Reshma fort. Bei der Klippe Apinski, ungefähr auf der Hälfte des Weges, brach plötzlich mein Pferd ein.

Wir hielten geschwind die Detschel ab. Aber vergebens. Mit Blitzesschnelle geriet das Pferd unter das Eis und ging zugrunde.

So ging es fünf Tage hindurch. Endlich, ganz erschöpft, erreichten wir Reshma. Zu meiner größten Enttäuschung fanden wir auch hier die Expedition nicht mehr.

Die dortige Handelsvertretung besorgte uns wieder Pferde, und wir setzten den Weg zur Faktorei Wanawara fort. Unterwegs mußte ich mit den Fuhrleuten oft kleine Flüsse zusammenschlagen, um die hier zahlreichen Bergflüsse passieren zu können.

Mit großen Anstrengungen erreichten wir die Faktorei Wanawara. Hier trafen wir die Expedition der Akademie der Wissenschaft mit Kulik an der Spitze. Letzterer war ganz verzweifelt und hoffte nicht mehr auf meine Ankunft.

Wir näherten uns langsam der Stelle, wo der Meteorstein heruntergefallen war. Wir näherten jede Minute aus, denn die Flüsse werden im Sommer sehr flach.

Taischet ist die letzte Eisenbahnstation der Expedition, ungefähr 5000 Kilometer von Moskau entfernt.

150 Kilometer von der Einschlagstelle des Meteorstein entfernt war die Taiga ganz verschwunden. Ganze Haufen mit Wurzeln herausgerissener Bäume lagen parallel nebeneinander, wie von einem gewaltigen glühenden Windstoß weggeschoben.



Der Fluß Ousch mit dem von der glühenden Meteor-Atmosphäre abgebrannten Uferwall

Die Stelle selbst, wo der Meteor herunterfiel, stellte einen Sumpf dar, von zahlreichen Erichtern, ähnlich denen, die sich beim Kriechen von Granaten bilden, umgeben. Weder Tiere noch Pflanzen waren hier zu sehen.

Das Wetter und die Umgebung waren ungünstig für Aufnahmen: keine Bewegung, tote, lahle, abgebrannte Taiga. Ich nahm alles, was auch die kleinste Bedeutung hatte, auf. Die ganze Arbeit der Expedition wurde fixiert.

Aber... noch ein unvorhergesehenes Hindernis: „Pauten“, eine Sorte Wäcken. Wir mußten uns Schutzmasken anziehen. So arbeitete ich mehr als einen Monat. Am Ende dieses Monats spürte ich, daß ich an Scharbrot erkrankte. Alles, was die Expedition wünschte, war schon aufgenommen worden, und ich begab mich, zusammen mit anderen erkrankten Arbeitern, in das Gebiet der Angara, wo ich Aufnahmen ethnographischer Art zu machen hatte.

Nach zweimonatiger Arbeit hier konnte ich endlich im Boot die Angara entlang bis zum Enissej (750 Kilometer) fahren, von hier mit dem Dampfer bis Krasnojarsk und weiter mit der Eisenbahn bis nach Moskau.

Von diesen Aufnahmen wurde jetzt ein Film vollendet: „In der Taiga auf der Suche nach dem Meteorstein“ (aus fünf Teilen bestehend). Der Film berichtet von der Arbeit des Gelehrten Kulik und den Erlebnissen der Expedition der Akademie der Wissenschaft in der UdSSR.

Die Tragödie des Charles Lamballe:

Paris, von der anderen Seite / Von Jean Betour

In Frankreich gibt es immer noch Leute, aus allen Volksschichten, die glauben, daß sie den „Krieg gewonnen“ haben. Selbst die Inflation, die Herabdrückung des Lebensstandards, der Verlust der kleinen Vermögen im Kriegs- und Nachkriegszeit, die Wohnungsnot und die Teuerung ändern nicht das geringste an dieser Auffassung. Es sind immer erst besondere Ereignisse notwendig, um ganz schroff und klar aufzuzeigen, wie die Dinge wirklich liegen.

Wenn man auf der riesigen Prachtstraße der Champs Elysées die Untergrundbahn besteigt und in 20 Minuten bis „Bd de la Chapelle“ fährt, zeigt Paris plötzlich ein Gesicht, das in keinem Fremdenführer romantisch kommentiert ist: Die hügelige Vorstadt Belleville mit ihren grauen, schmutzigen Mietskasernen, den engen Straßen, in denen billige Bagare ihre Auslagen unmittelbar an dem schmalen Bürgersteig haben, wo die Häuser in vier Hinterhöfen Elend und Krankheit beherbergen und man sehr wenig von dem internationalen Bummelleben spürt.

Hier lag die Behausung des Metallarbeiters Charles Lamballe. Er bewohnte in der Rue de la Mare ein lichtloses Loch, dessen Zugang so eng war, daß man seine an Tuberkulose verstorbene Frau im Hof aufhängen mußte. Als seine Lebensgefährtin beerdigt war, sah sich Lamballe allein mit zwei Mädchen von 10 und 3 Jahren und einem Jungen von 8 Jahren. Er verlor den Mut nicht, arbeitete den ganzen Tag und sorgte für seine Kinder. Wenn er abends nach Hause kam, suchte er, wusch die Wäsche, räumte die kleine, an einem engen, lichtlosen Hof gelegene Stube auf, besserte die Sachen aus: kurz, verrichtete neben seiner Fabrikarbeit alle Tätigkeiten, denen sonst seine Frau obgelegen hatte. Trotz aller Anstrengungen mußte der Mann sehen, wie seine Kinder unaufhaltbar der Tuberkulose in die Arme getrieben wurden. Alle seine Bemühungen, Beschwerden und Bitten bei der zuständigen Behörde, eine gesunde Unterkunft zu erhalten, blieben ohne Antwort, und er selbst verzehrte sich in diesem Leben, das keine Minute Ruhe kannte und vergiftet wurde durch die nicht aufzubehende Notwendigkeit zu wohnen in einem Loch zu wohnen, in dem die ganze Familie trotz aller Sorgen und dem Verzicht auf jede freie Minute krank werden mußte.

Er wurde immer deprimierter. Sechs Jahre hatte er trotz allem dieses Dasein ausgehalten, immer in der Hoffnung, daß seine älteste Tochter ihm bald helfen könnte. Er hatte alles auf das junge Mädchen gesetzt, und der Gedanke, sie zu verlieren, machte ihn schon halb wahnsinnig. Ende letzten Jahres hatte

Am 26. Februar reiste mit dem manischurischen Expeditionsleiter A. Kulik ab, der eine neue Expedition nach dem tungusischen Meteorit unternimmt.

Die Expedition wird per Bahn bis zur Station Taischet fahren, die auf dem halben Wege zwischen Krasnojarsk und Irkutsk liegt. Weiter wird die Expedition auf Schlitten bis zur Faktorei Wanawara am Fluß Podkamennaja Tunguska und von hier aus bis zur vorjährigen Basis der Expedition am Fluß Chumno auf dem Eis der zugefrorenen Flüsse Tunguska, Tschambe und Chumno ihren Weg verfolgen.

Im Frühling werden Erdbohrungen einsetzen (A. Kulik nimmt zu diesem Zweck zwei Bohrmaschinen mit sich). Es werden des weiteren Ausgrabungen nach der gewöhnlichen Methode, mit Auspumpen des Wassers aus den Gruben vorgenommen.

Außer den Ausgrabungen von Meteoritensplittern wird die Expedition magnetische Messungen, hydrologische Aufnahmen und astronomische Ortsbestimmungen vornehmen.

Die Expedition A. A. Kuliks wird etwa sieben bis neun Monate dauern.

Im Frühling wird die Stelle des Niederfalls des Meteoriten von einem Hydroplan überflogen, der Aerophotografien machen soll. Dieses Unternehmen ist vom Chef der ganzen Expedition, der Gesellschaft „Osoavichim“ (Gesellschaft zur Förderung der Luft- und Gemischten Verteidigung der Sowjetunion) geplant.



Tunguska

Pauline eine Stellung als Telephonistin gefunden. Täglich rief der Vater sie in ihrem Betrieb an, telephonierte außerdem noch an einige Nachbarn, die ihm Bescheid sagen sollten, ob seine Tochter auch gleich von der Arbeit nach Hause ginge. Lamballe lebte in der dauernden Angst, daß sie eines Tages nicht mehr da wäre. Diese irrsinnige Angst wurde schließlich zur fixen Idee, so daß er glaubte, man wolle ihm das hübsche, jetzt 18-jährige Mädchen fortnehmen. — Eines Tages, es war am 22. Januar gegen 1 Uhr mittags, hörte man aus der Wohnung einen entsetzlichen Schrei. Charles Lamballe hatte das Liebste, was er auf der Erde hatte, töten wollen, um seine Ruhe wieder zu haben. — Die schwerverwundete Pauline wurde in ein Hospital geschafft. Die beiden anderen Kinder von der Stadt in Bewahrung genommen, Charles Lamballe ins Gefängnis gebracht. Die Wohnung, die Ursache alles Unglücks, blieb allein zurück. Nur einige Blutflecken sprachen davon, daß sich hier eine Tragödie abge spielt hatte.

So sieht es in dem sogenannten „Siegerland“ aus. Man kann keine Wohnungen bauen, da die meisten bebauungsfähigen Terrains in Händen amerikanischer Gesellschaften sind, die einfach keine Mieter finden würden, wenn sie auch Häuser errichteten. Man hat nämlich in Frankreich zu einem recht seltsamen Mittel gegriffen, um der Arbeitslosigkeit Herr zu werden: Im Staatsdienst und bei den großen halbstaatlichen Gesellschaften, ja selbst bei riesigen Privatunternehmungen, sind oft doppelt und dreimal so viele Leute angestellt, wie eigentlich nötig wären. Sie verdienen aber nur die Hälfte bzw. ein Drittel von dem, was sie z. B. in Deutschland oder England beziehen. Arbeitslose gibt es in Frankreich kaum. Ihre Unterhaltung ist auf Rechnung des Proletariats gestellt, während der Staat ungeheure Gelder für die Ausrüstung und sein stehendes Heer verwendet. Welche Folgen ein derartiges Vorgehen hat, das rücksichtslos den Lebensstandard einfach auf die Hälfte herabdrückt, zeigt der älteste Fall und die Tatsache, daß keine Wohnungen für Arbeiterbewohnte gebaut werden, da sie sich einfach nicht rentieren können.

Eine Statistik über die Sterblichkeitsziffern an Tuberkulose ist die notwendige Ergänzung des vorher Gesagten:

„In den Quartieren von Paris, wo an Licht und Luft kein Mangel ist, beträgt die Sterblichkeit an Tuberkulose 38 auf 100 000 Einwohner. Unter der ärmeren Bevölkerung, deren Behausungen aber noch hygienischen Anforderungen entsprechen, sind es schon 6,7 auf 100 000. In den Elendsquartieren werden 670 Proletarier von 100 000 die Opfer der Schwindsucht.“

Vereinigte Theater
Lobe-Theater
 Von Sonnabend, den 6. 4.
 bis Freitag, den 12. 4.
 täglich 20.15 Uhr
 Das Kästchen von Heilbronn
 von Heinrich von Kleist
 Sonnabend, den 13. 4.
 20.15 Uhr
 Zum ersten Male!
 Rivalen

Thalla-Theater
 Von Sonnabend, den 6. 4.
 bis Sonnabend, den 13. 4.
 täglich 20.15 Uhr
 Dreimal Hochzeit
 Ein Neuyorker Schwan
 von Anne Nichols

Schauspielhaus
 Operettenbühne Tel. 36300

Täglich 20 Uhr
 Gastspiel

KLARA KARRY
„Settchen
Gebert“

(Partett 3 — Mit. um.)

Stadttheater Breslau
 (Opernhaus)

Dienstag, 20 Uhr
 Abonnements-Vorstellung Serie F 16
Schwanda, der Dudelfachler
 Mittwoch, 20 Uhr
 Abonnements-Vorstellung Serie G 16
Der Teufelsbräu
 Donnerstag, 20 Uhr
Sibelius
 Freitag, 19.30 Uhr
 Abonnements-Vorstellung Serie H 16
Fürk Igor
 Sonnabend, 20 Uhr
Schwanda, der Dudelfachler

Konkursmatten-Ausverkauf

In dem Konkursverfahren über
 das Vermögen der Firma
Schindler & Co., G. m. b. H.
 in Breslau, Schmeidebrücke 29
 findet für die Zeit der Ver-
 kaufs der Warenvorräte an Privat-
 schaft statt. Es handelt sich um:
Sprechapparate, Schallplatten
Mandelinen, Enten
Orgeln, Siedharmonikas
 und sonstige Zubehörsachen u. s. w.
 Der Konkursverwalter.

Sie verdienen
Sie täglich

10 Mark
 mit Schnürsenkel
 Nur persönl. kommen
Reste
 in Serge, Kiltel, Gelb-
 wand, Kermelfutter
 Rohhaar, Garn, Knöpfe
 Kernseife, Erdöl
 alles jetzt billig
 prima Ware
 Detail und Engros
Barth. Lippert
 Breslau

Deutrichstraße 18
 Filiale: Oberstr. 17
 Weißgerbergasse 43

Inserate
 in unserer
Zeitung
 haben
 größten
Erfolg

Ämtliche Bekanntmachung
von Dittersbach

Öffentliche Mahnung

Folgende Steuern und Abgaben sind
 fällig:
 am 10. April 1929: Biersteuer für
 Monat März 1929;
 am 15. April 1929: Grundvermögens-
 steuer, Hauszinssteuer, Gemein-
 degrundwertsteuer, Hundesteuer für
 Monat April etc. sowie Kranken-
 kassen- u. Beiträge für Monat
 März 1929
 Reste, nebst gesetzlichen Verzugszinsen
 werden unverzüglich im Wege des Ver-
 waltungszwangsvollzugs beigetrieben.
 Dittersbach, den 6. April 1929
 Der Gemeindevorsteher
 H. K. H. L. e. r.

Ämtliche Bekanntmachung
von Weißstein

Infolge Ausbaus einer neuen Straße,
 die die Konradsthaler und die Feldstraße
 verbindet, müssen fünf Kleingärten des
 Spar- und Bauvereins eingezogen werden.
 Die in den Gärten befindlichen Bäume
 und Sträucher:
 8 Apfelbäume
 4 Birnbäume
 2 Nussbaum
 1 Kirschbaum
 115 Stachel- u. Johannisbeerhochstämme
 334 Stachel- und Johannisbeersträucher
 4 Stöcke wilder Wein
 1 Fliederbaum und
 einige 100 Erdbeerpflanzen
 werden am Mittwoch, dem 10. 4., und
 Donnerstag, den 11. 4. 1929, von 9—17 Uhr
 zu Schätzungspreisen an Ort und Stelle
 verkauft.
 Der Gemeindevorsteher
 G. S. e. r. t. w. i. g.

Genossen! Berücksichtigt beim Einkauf von
 Waren nur unsere Inserenten!

Deutscher Metallarbeiter - Verband
Sabststelle Waldenburg-Altwasser

Freitag, den 12. April, abends 7 Uhr, findet im Saale
 der „Stadtbrauerei“, Waldenburg, unsere ordentliche

General - Versammlung

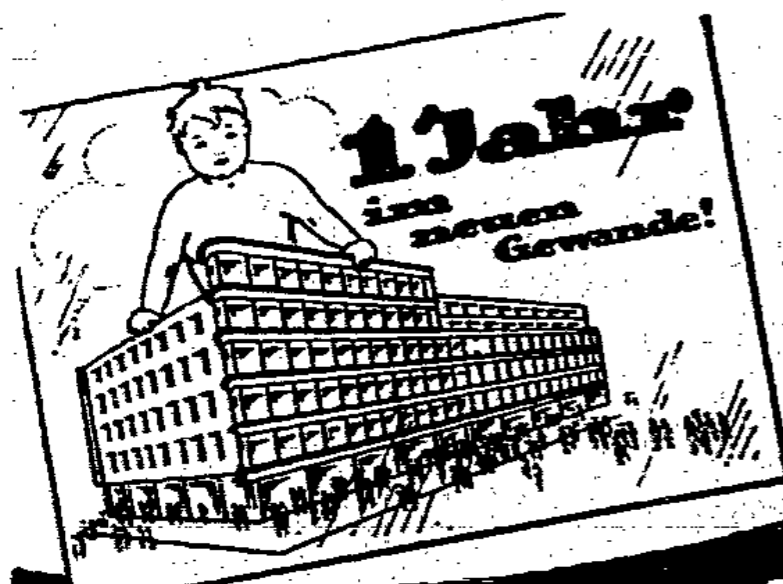
statt.

Tagesordnung:

1. Vortrag des Genossen Wiesmann über das Thema
 aus der „Praxis der Arbeitslosenversicherung“
2. Kassenbericht
3. An die Ortsverwaltung gestellte Anträge
4. Verbandsangelegenheiten und Verschiedenes.

NB. Wir ersuchen unsere Kollegen sämtlicher Betriebe, insbesondere
 die **Arbeitslosen**, vollständig zu erscheinen, damit Ihr Guts mit
 den gesetzlichen Bestimmungen der Arbeitslosenversicherung vertraut macht.

J. U.: Die Ortsverwaltung



Die
Sensation
 unserer

Jubiläums-Woche!

sind diese verblüffend nie-
 drigen Preise für unsere
Trikotagen
 und **Strümpfe**

Diese Angebote sprechen
 eine so beredte Sprache,
 daß wir ihnen nur die
 Mahnung hinzuzufügen
 brauchen: Kommen Sie
 gleich, suchen Sie
 sich das Beste aus!

Strümpfe

Wachseide
 besonders haltbare Qua-
 lität, m. Flor-Sohle,
 reiche Farbaus-
 wahl 175

Flor mit Kunstseide
 plattiert, unübertroffen im
 Tragen und in der
 Wäsche, mod. Früh-
 jahrsfarben 195

Prima Seidenflor
 gut verstärkte Sohle, fein-
 fädige und kräf-
 tigere Qualitäten,
 mod. Farben 095

Kinder-Strümpfe
 Baumwolle, 1x1 ge-
 strickt, grau, mode-
 und schwarz, Gr. 1
 Stelger, pro Gr. 5 Pl. 045

Kinder-Strümpfe
 „Mako-Perle“ feingestrickt,
 unsere bekannte Spezial-
 Qual. grau, beige,
 schwarz, leder u.
 weiß Gr. 1
 Stelger, p. Gr. 15 Pl. 090

Trikotagen

Einsatz-Hemden
 weiß u. makofarb., gute Qual. m.
 eleg. Rips- u. Trikolle-Einsatz,
 zum Teil mit fast un-
 scheinbaren Schön-
 heitsflecken 165

Desgl. mit Umschlag-
manschetten, in weiß u.
 makofarb., Gr. 4 490

Herrn-Beinkleider
 makofarbig, gute
 Strapazier-Qualität,
 Gr. 4 135

Damen-Hemdchen
 Baumwolle, fein gewirkt, weiß
 und farbig, mit Band-
 trägern und Voil-
 achsel 065

Unterzieh-Schlüpfer
 Baumwolle, fein gewirkt, weiß
 und farbig, ohne
 Bein und mit kurzem
 Bein 065

Damen-Schlüpfer
 gute, kräftige Baumwoll-
 Qualität, alle mod. u.
 Farben bis Gr. 42 095

Nachdruck von Wort und Bild verboten!

Rudolf Letersdorf

BRESLAU - OHLAUERSTRASSE - SCHUHBRÜCKE

Mitglied der Kunden-Kredit G. m. b. H., Breslau, Gartenstr. 67 (Capitol)

In dieser Woche
 der große

Reste

Verkauf

Reste von Gardinen
 Möbelstoffen, Lauffern
 Linoleum

Waschestoffe, Inletts
 Damaste, Wallis
 Handtücher, Tischtücher

Reste
 von
Wachstoffen
Morgen

Einige Umwege
Sommer-Trikot-Reste

buntfarbig und makofarbig, zum Ausbessern
 von Herrentrikotagen und Schlüpfen etc. in
 guten Qualitäten und verschiedenen Größen.
 Zum Ausschuchen

Stück 25 Pl. 50 Pl.

Viele hundert
Hals- u. Armbündchen

zum Ergänzen von Herrentrikotwäsche in
 allen Halsweiten

Halb-Halsbündchen Armbündchen
 Stück 20 Pl. Paar 25 Pl.

Mehrere 1000 Stück farbige
Selbentband-Reste

gestreift, kariert, gepunkt usw., 2 1/2 bis 3 cm
 breit und 1 Meter lang, für Hirschenleiten,
 Garnierwecke und Handarbeiten, durch-
 weg gute und allerbeste Qualität

Rest 15, 25, 35 Pl.

Zirka 1000 Stück weiße, kleine
Handtuchstoff-Reste

geeignet für Spültücher und Wischtücher,
 nur ganz gute rein- und halbleinene Qualität
 zum Ausschuchen

Stück 5, 10, 20, 30 Pl.

Ganz besondere Gelegenheit!
 Zirka 600 Stück
Damast- u. Gerstenkorn-
Handtücher

aus ganz guter, schwere Leinenqualität,
 Größe 48/100, z. T. gestickt und gebündelt
 zum Ausschuchen

durchweg Stück 78 Pl.

